

Metallarbeiter-Zeitung

Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes



Herausgeber: Wilhelm Börger M. d. R., Berlin • Verantwortlicher Schriftleiter: Werner Pingel, Berlin
Schriftleitung und Versandstelle Berlin SW 68, Alte Jakobstraße 148-155 • Fernsprecher A 7 Dönhoff 6750-6753
Postcheckkonto der Hauptkasse des DMV, Berlin Nr. 138262, der Verlagsgesellschaft des DMV, Berlin Nr. 121218

Zur Beachtung!

Unter den Mitgliedern des DMV ist eine gewisse Beunruhigung über die Mitgliedschaft und den daraus entstehenden Rechten und Pflichten eingetreten.

Wir weisen unsere Volksgenossen im Deutschen Metallarbeiter-Verband darauf hin, daß der Austritt aus dem DMV

1. sie selbst schädigt und
2. die anderen Kollegen schädigt.

Es besteht die Möglichkeit, daß alle die, die willkürlich aus dem Verband austreten, der Sabotage des Wiederaufbaus der Volkswirtschaft bezichtigt werden können.

Diese beiden Gesichtspunkte sind in Betracht zu ziehen. Wir empfehlen deshalb allen denen, die seit dem 2. Mai aus dem Verband ausgetreten sind, sofort wieder einzutreten, und denen, die vor dem 2. Mai ausgetreten sind, empfehlen wir das gleiche.

Der Wiedereintritt erfolgt nach den Statuten des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes.

Der Verbandsleiter
Börger

NSBO und Gewerkschaften

1. Verhältnis zwischen NSBO und Gewerkschaften

Die Gewerkschaft und die NSBO sind zwei völlig getrennte Organisationen. Die Gewerkschaft stellt die wirtschaftliche, die NSBO die politische Vertretung der Arbeiterschaft in den Betrieben dar. Der NSBO steht ein Eingriffsrecht in die gewerkschaftliche Verwaltung nicht zu. Die Beauftragten der NSBO empfangen ihre Weisungen nur von der Arbeitsfront oder den Beauftragten der NSBO bei den Zentralen der einzelnen Verbände.

Es ist nicht beabsichtigt, die NSBO aufzulösen. Der NSBO kommt vielmehr eine Sonderstellung in der deutschen Arbeiterschaft zu. Sie ist für besondere große Aufgaben vorgesehen. Insbesondere sind aus ihr die für die Führung der Gewerkschaften und deren Ausbau erforderlichen Amtswalter zu nehmen. Die NSBO ist und bleibt der Vortrupp des deutschen Arbeitertums.

Es ist deshalb unerwünscht, daß gewerkschaftlich organisierte Arbeiter jetzt noch in die NSBO eintreten. Aufnahmebesuchen von Gewerkschaftsmitgliedern soll nur in Ausnahmefällen stattgegeben werden. Auf jeden Fall haben die in der Gewerkschaft organisierten Arbeiter in dieser zu verbleiben.

2. Regelung von grundsätzlichen Fragen

Es ist den Beauftragten der NSBO bei den Zentralen der einzelnen Verbände verboten, selbständig Rundschreiben an die ihnen unterstellten Gliederungen herauszugeben. Rundschreiben bedürfen der vorherigen Genehmigung des Führers des Gesamtverbandes der deutschen Arbeiterverbände.

Desgleichen hat sich jeder NSBO-Beauftragte jeglicher Stellungnahme und Eingriffe in die NSBO-Arbeit zu enthalten. Er hat sich lediglich an die ihm vom Führer des Gesamtverbandes der deutschen Arbeiterverbände vorgeschriebenen Anordnungen zu halten. Darunter fallen auch alle Fragen der Beitragshöhe, Beitragszahlungen sowie Tarif- oder Lohnsenkungen.

Kein Beauftragter der NSBO darf sich in Zukunft noch Kommissar nennen. Wer das trotzdem ferner tut, wird seines Amtes enthoben. Er ist der Beauftragte der NSBO zur vorläufigen Leitung des betreffenden Verbandes.

3. Gewerkschaftliche Mitgliedschaft

Ein Teil ehemaliger Gewerkschaftsmitglieder hat in gewisser Unkenntnis der Verhältnisse oder auch aus wirtschaftlicher Notlage heraus die Beitragszahlung eingestellt oder die Mitgliedschaft fristlos gekündigt.

Wir sind von uns aus bereit, diesen Mitgliedern behilflich zu sein, in ihre alten Rechte wiederum einzutreten. Die NSBO-Beauftragten haben das Recht, die bis zum 15. Mai 1933 nicht bezahlten Beiträge niederzuschlagen, sofern das frühere Mitglied seine Mitgliedschaft sofort wieder aufnimmt. Diese Vergünstigung gilt bis zum 15. Juni 1933.

Das NSBO-Mitglied, das zugleich Gewerkschaftsmitglied ist, soll künftig an die Gewerkschaft einen um den NSBO-Beitrag gekürzten Betrag zahlen. Besondere Anweisungen hierüber werden noch ergeben.

gez. Walter Schuhmann, M. d. R.,
Führer des Gesamtverbandes der deutschen Arbeiterverbände.

Werde politisch — oder stirb!

Wir bringen von heute ab eine Serie politischer Artikel, die einen Überblick ergeben über Gedanken und Ziele des internationalen Kapitalismus, über seine zersetzenden Auswirkungen auf das Leben des deutschen Volkes — ideell und materiell — und weiter über die daraus zu ziehenden Schlußfolgerungen: Nicht nur Aufbau eines materiell gesunden deutschen Volkskörpers, sondern vor allem als die Triebfeder, Aufbau eines wahrhaft deutschen Lebens. Das heißt Erhaltung der Rasse und ihrer Kultur.

Bewußt wenden wir uns dabei gerade an den deutschen Arbeiter, den die vorhergehende Zeit absichtlich vom wirklichen kulturellen und geistigen Leben ferngehalten hat — weil er sonst sehend geworden wäre! Der Materialismus des Marxismus mußte tödend wirken, wie es der geheime Wille seiner Verfechter war, um die „Massen“ zu beherrschen. Er ließ die deutschen Volksgenossen sich untereinander zu zergliedern, es entstand die Denkweise, die nur in Teilen dachte und den Blick aufs Ganze, auf das Entscheidende und Ursprüngliche vergaß.

Ein Volk, das durch falsche Wege bis zum Rand eines Abgrundes geführt wurde, rettet sich nur, wenn jedes einzelne Glied der Volksgenossenschaft mitarbeitete bei Einsatz aller Kräfte des Geistes und der Hand unter dem Führer, der durch die Kräfte seines Willens und die Kraft seines Glaubens an das deutsche Volk dazu auserkoren ist. In großer Not hilft sich ein Volk nur, wenn disziplinierter Wille mit klarer Zielsetzung aus Werk geht. Und hierzu gehört die Erkenntnis: Darum muß der deutsche Arbeiter politisch sein — muß soviel wissen, wie nur irgend möglich. Versagte dieser Appell, wäre das deutsche Volk in dem großen Stände des deutschen Handarbeiters nicht bereit, politisch zu denken, wäre dieser Stand „Masse“, die ziellos, willenlos dahinlebte — dann käme das Sterben des ganzen Volkes.

Wir vertrauen aber auf den Lebenswillen jedes einzelnen Deutschen und sind überzeugt, daß mit der Erkenntnis von der Lauterkeit und Reinheit der Ziele des Nationalsozialismus auch der letzte deutsche Arbeiter, der einmal Gegner war, sich einreicht.

Der politische Wille bahnt den Weg zur inneren und äußeren Befreiung des deutschen Arbeiters in Schicksalsgemeinschaft mit dem ganzen deutschen Volk.

Weltherrschaftswille des Judentums

Es ist eine der Grundideen des Marxismus, das alles Geschehen, alles Leben auf Erden, einem starren Gesetz der Entwicklung unterworfen ist, das über den Menschen herrscht. Der Mensch wäre nach dieser Auffassung nur ein Werkzeug, das ohne innere und äußere Freiheit dem Zwang der „Verhältnisse“ unterworfen ist.

Gegen diesen Gedanken bäumt sich im richtig fühlenden deutschen Menschen alles auf, es muß der Geist des Menschen hiergegen rebellieren, er kann gar nicht anders. Unwillkürlich fühlt er, daß dies nicht so sein kann.

Es gibt wohl bestimmte Grenzen, in denen sich das Leben des einzelnen und der Völker nach Naturgesetzen bewegen

muß, aber es ist ebenso Naturgesetz, daß innerhalb dieser Grenzen ein eigener Wille, die Persönlichkeit, der Geist des Menschen die Materie beherrscht.

Durch die Führung des Marxismus aber wurde der Masse des deutschen Volkes, dem deutschen Handarbeiter, durch Jahrzehnte eingehämmert:

Du bist das Produkt der Verhältnisse, deiner Geburt und Umgebung, du gehst einen vorgeschriebenen Weg, ebenso wie die Wirtschaft, die gesamte Geschichte der Völker, alles geht gesetzmäßig, ohne daß der freie Geist des Menschen die Entscheidung hätte.

In diesen Gedankengängen lag schon die Enttötlichung des Menschen, der Wert der Persönlichkeit sollte ihm genommen werden — und es war dieses bewußte Vorgehen gegen den Geist des Lebens der Kernpunkt, von dem aus die Herrschaft einiger Weniger über ein herabgewürdigtes Volk herbeigeführt wurde, indem man dem einzelnen seinen rassistischen Wert nahm.

Die Umwälzungen in den Arbeitsmethoden im Laufe des vorigen Jahrhunderts, die sich sozial weitgehendst auswirkten, arbeiteten mit an dem größten Zersetzungsprozeß der Weltgeschichte. Aber die Zersetzung des Geistes durch den Marxismus, die falsche Richtung, die dem Denken des einzelnen gegeben wurde, bedeutete erst das gewollte Herbeiführen einer Katastrophe.

Das Aufrechte, Selbstbewußte, das durch die Rasse bedingt, im Deutschen lag, wurde durch Zerstörung des richtigen Denkens und weiter durch die soziale Ungerechtigkeit vernichtet.

Der deutsche Mensch verlor im doppelten Sinn sein Eigentum. Er verlor den persönlichen Besitz, die materielle Grundlage, auf der er aufrecht stand, und er verlor das richtige Denken, die ideale Basis, auf der sich ein menschenwürdiges Dasein aufbaut.

Und diejenigen, welche die Zwangsläufigkeit aller Entwicklung predigten gemäß der marxistischen Idee, waren selbst sehr weit entfernt von ihr.

Sie wußten sehr genau, daß nur Geist und Wille über die Menschheit herrscht. Mit eiserner Konsequenz wurde von der fremden Rasse auf deutschem Boden, von dem Gastvolke, die Entmannung des deutschen Volkes vorgenommen, ja weiter, aller Völker vorgesehen. Das Ziel war sehr nahe gerückt, wenn nicht in letzter Stunde, in deutscher Schicksalsstunde, der Mann aufgestanden wäre, der mit noch stärkerem Willen die Zerstörung des deutschen Volkes aufhielt und so eine Mission erfüllt nicht nur an dem deutschen Volke, sondern auch an den anderen Völkern der Erde. Den Beweis dafür, daß ein Vernichtungswille gegen die Völker und ihrer Kulturen in dem Judentum der Welt lebte und lebt, ja auf Grund der Rasse und Tradition des auserwählten Volkes in diesem leben muß, erbringen zwei Triefe, die wie ein Blitz das Dunkel erhellen.

Um das Jahr 1838 (vor also ungefähr hundert Jahren) schrieb

Landkarte der Eingeweihten. Ziel des Weltjudentums im Jahre 1890!



Original in „Truth“ London. Nachbildung bei U. Bodung-Verlag, Erfurt

Gesetz zur Arbeitsbeschaffung

Eine Milliarde wird bereitgestellt

Unter dem 1. Juni 1933 wurde das Gesetz zur Verminderung der Arbeitslosigkeit erlassen. Es ist im Gegensatz zu alledem, was von früheren Regierungen geschaffen wurde, ein absolut großzügiges, umfassendes und folgerichtig aufgebautes Werk. Es ist die klare Form des großen Aufbauwillens, von dem die von Hitler geführte Regierung geleitet wird.

Schon ohne dieses Gesetz war in diesem Frühjahr durch Hitlers Regierungsantritt eine ganz andere Entlastung auf dem Arbeitsmarkt erfolgt, als in derselben Zeit des vorigen Jahres.

Indem dieses Gesetz in Wirkung tritt, werden Hunderttausende wieder der Arbeit zugeführt und dem Elend entrissen. Wir verweisen für die Einzelheiten des Gesetzes auf die nationalsozialistische Tagespresse und bringen hier einen Umriß desselben.

Abschnitt 1, Arbeitsbeschaffung:

Der Reichsminister der Finanzen wird ermächtigt, Arbeitsschatzanweisungen im Gesamtbetrag bis zu einer Milliarde Reichsmark zur Förderung der nationalen Arbeit auszugeben. Das Geld wird nach dem Gesetz in der Hauptsache ausgegeben für Instandsetzung von Wohngebäuden, öffentlichen Baulichkeiten, für Umbau größerer Wohnungen zu Kleinwohnungen, für vorstädtische Kleinsiedlungen, landwirtschaftliche Siedlungen, Tiefbauarbeiten und für Sachleistungen an Hilfsbedürftige.

Abschnitt 2, Steuerfreiheit für Ersatzbeschaffungen:

Es wird in diesem Abschnitt die Bestimmung getroffen, daß Aufwendungen für die Anschaffung oder Herstellung von Maschinen, Geräten und ähnlichen Gegenständen des gewerblichen oder landwirtschaftlichen Anlagekapitals im Steuerabschnitt der Anschaffung oder Herstellung voll abgezogen werden dürfen, wenn bestimmte Voraussetzungen erfüllt werden.

Abschnitt 3 betrifft eine Freiwilligenspende zur Förderung der nationalen Arbeit.

Der Abschnitt 4 behandelt die Überführung weiblicher Arbeitskräfte in die Hauswirtschaft:

Durch steuerliche Erleichterungen wird die Möglichkeit geschaffen, wieder in Haushalten Arbeitskräfte zu beschäftigen.

Der Abschnitt 5, Förderung der Eheschließungen, bestimmt, daß deutschen Reichsangehörigen, die nach dem Inkrafttreten dieses Gesetzes die Ehe miteinander eingehen, auf Antrag ein Ehestandsdarlehen im Betrag bis zu eintausend Reichsmark gewährt werden kann. Der Antrag auf Gewährung des Ehestandsdarlehens kann vor Eingehung der Ehe gestellt werden. Die Hingabe des Betrages erfolgt erst nach erfolgter Eheschließung.

Die zur Hingabe der Ehestandsdarlehen erforderlichen Summen werden durch eine Ehestandshilfe aufgebracht. Zu dieser Ehestandshilfe werden alle ledigen Personen herangezogen, die Einkünfte im Sinne des Einkommensteuergesetzes beziehen.

der Jude Baruch Lewi an den Begründer der marxistischen Idee, Karl Marx, nachstehenden Brief, den wir hiermit veröffentlichen:
„Das jüdische Volk als Ganzes genommen wird selbst sein Messias sein. Seine Herrschaft über die Welt wird erreicht werden durch die Vereinigung der übrigen Menschenrassen (siehe Völkerbund), durch die Beseitigung der Monarchien, die der Wall des Partikularismus (Kleinstaaterei) sind. In dieser Neuorganisation der Menschheit werden ohne Opposition (Widerspruch) in allen Völkern den Juden die Bürgerrechte zugebilligt werden. Wenn es uns gelingt, die Arbeitermassen unter die feste Leitung von einigen von uns (Juden) zu bekommen, so werden mit Hilfe des Sieges des Proletariats alle Völker ohne Anstrengung in unsere Hände geraten. Wir werden das Vermögen der Völker verwalten, so daß, wenn die Zeiten des Messias gekommen sind, wir die Schlüssel für die Güter aller Völker in unseren Händen haben, das heißt, die Kontrolle über alle Menschen und Dinge durch das Gold.“

Das zweite entscheidende Dokument ist der Brief von Walter Rathenau an Frank Wedekind vom 4. November 1912:

„Mein lieber, sehr verehrter Wedekind!

Ihre geistvolle Anregung hat mich lebhaft interessiert, aber lassen Sie mich Ihnen vertraulich sagen, diese „Dreihundert“ war eine Art von Indiskretion (Vertrauensbruch); die „Dreihundert“ haben die Gewohnheit und Vorsicht, ihre Macht abzuleugnen, wenn Sie sie aufsuchen, werden sie sagen, wir wissen von nichts; wir sind Kaufleute wie alle anderen. Dagegen werden nicht dreihundert, sondern dreitausend Kommerzienräte sich melden, die Strümpfe und Kunstbutter wirken, und sagen: wir sind es. Die Macht liegt in der Anonymität (Verborgenheit). Ich kenne unter den Begütertesten nicht nur den Bedeutendsten. Einen, den überhaupt niemand zu sehen bekommt, außer seinem Barbier. Ich kenne einen, der der Reichste ist, dessen Vermögen seinen Kindern gehört, die er haßt. Einer verwaltet das Vermögen der Jesuiten, einer ist der Beauftragte der Kurie, einer Beauftragter einer ausländischen Vereinigung mit 270 Millionen Konsols (Staatsrente), der größte Gläubiger des Preussischen Staates. Alles dies vertraulich. Aber Sie sehen, auf gewöhnlichem Wege ist diesen „Dreihundert“ nicht beizukommen. Und den ungewöhnlichen Weg des persönlichen Appells lehnen sie ab.“

Beide Briefe zeigen offensichtlich den unbedingten Willen des Judentums, die Welt Herrschaft zu erringen, und zwar auf dem Wege, der dieser Rasse eigentümlichen und am besten ausgebildeten Kampfweise:

Zersetzung der anderen hochwertigen Völker.

Ein weiteres wunderbares Zeugnis für diesen Willen der Umwälzung in Europa stellt nun die Weltkarte 1890 in der Zeitschrift „Truth“ von Henry Labouchère gebrachte Landkarte dar, die wir auf der ersten Seite abdrucken.

Die Karte enthielt damals noch ein Bild des flüchtenden deutschen Kaisers, der sich als Passagier nach London begibt. Bei gründlichem Nachdenken ist der Schluß unwiderleglich, zumal im Zusammenhang mit den vorher angeführten Briefen, daß diese Karte keine zufällige Idee irgendeines unbedeutenden Mannes ist, sondern ein klares Bild des Willens der jüdischen Politiker hinter den Kulissen.

Zum Erschrecken ähnlich ist die Voraussage, die diese Landkarte enthält, eingetreten. Der Wille der Internationale war es, daß Deutschland machtlos wurde. So zeigt die Karte dies in besten durch die Aufteilung Deutschlands in mehrere Republiken.

Und gerade in diesen Tagen müssen wir wieder mit der größten Aufmerksamkeit die Vorgänge in der Welt beachten, der einzige Gegner von Gewicht für den internationalen jüdischen Kapitalismus ist das nationalsozialistische deutsche Volk. Der Dauerrieg des Nationalsozialismus in Deutschland bedeutet in absehbarer Zeit den Zusammenbruch des Kapitalismus, und damit des internationalen Judentums nicht nur in Deutschland, sondern in der Welt.

Wir müssen daher darauf gefaßt sein, daß mit der Hetzpropaganda gegen Deutschland die Versuche, alles gegen den Nationalsozialismus einzusetzen, absolut noch nicht abgeschlossen sind.

Darum ist es heiligste deutsche Aufgabe, im Nationalsozialismus so schnell wie irgend möglich das unzerbrechliche Bollwerk aufzubauen, welches der akropellose feindliche Wille der Internationale — des Judentums und des Kapitalismus — nicht zerstören kann. W.P.

Macht und Recht

Von Fritz Rothaker, Berlin

II.

Adolf Hitler war es, der in langen, zähen Kampf gegen diese Macht antritt und erreicht, daß die Männer, die ihre Macht nicht zum Wohle des deutschen Arbeiters gebraucht hatten, vom Volksgesicht hinweggefegt wurden. Kaum an der Macht, begann er — als Mann der Tat — das zu verwirklichen, was er erstrebt hatte: das Recht der deutschen Arbeit.

Noch ist der Aufbau des neuen Rechts nicht vollendet, und doch können wir schon erkennen, daß ein Recht geschaffen wird, hinter dem eine Macht steht, die sich für das Wohl des arbeitenden Menschen einsetzt und die dem deutschen Arbeiter das bringt, was er ersucht hat: ein Recht der Gerechtigkeit und damit die Grundlage für ein menschenwürdiges Dasein.

Eine völlige Neuordnung des Rechts erfordert lange Zeit. Es galt daher zunächst, wollte man dem beleidigten Rechtsgefühl des deutschen Arbeiters Genugtuung verschaffen, denen ihre Beute abzuschneiden, die die Zeit der Rechtslosigkeit benutzt haben, sich zu bereichern. Denn, wie die Worte des in dem größten deutschen Lande zum Justizminister berufenen Mannes zeigen, hat die neue Macht ein Gefühl für Recht, das mit dem des deutschen Arbeiters übereinstimmt.

Nichtschamam, doch Mann von Charakter, hat er es in seiner programmatischen Rede ausgesprochen: „Mit dem Grundgesetz, daß man den Kleinen hilft und den Großen laufen läßt, muß es vorbei sein.“ Diesen Worten sind auch Taten gefolgt. Herr Böß hat man seine Pension abgenommen und ihn selbst verhaftet, um ihn der verdienten Strafe zuzuführen. Und es bestand auch die Möglichkeit, die im Besitz der Behörde befindlichen Haftzellen in die Verfügungsgewalt der Stadt Berlin zurückzubringen. Millionen, die für Grundstücksgeschäfte im Zusammenhang mit dem Bau der Berliner Untergrundbahn zu Unrecht verurteilt worden waren, konnten zurückgewonnen werden.

Lohn- und Arbeitsverhältnisse im neuen Staat

Die „Deutsche Arbeitsfront“ ist eine Schöpfung von so ungewöhnlichem Ausmaß, daß es begreiflich ist, wenn Menschen, die nun vielleicht seit Jahrzehnten oder seit kürzerer Zeit gewohnheitsmäßig die „Tarifverhandlungen“ als die einzige Gewähr für die Sicherung ihrer Lohn- und Arbeitsverhältnisse betrachtet haben, all dem Neuen, dem sie nun gegenüberstehen, noch nicht das notwendige Verständnis entgegenbringen können. Um so begreiflicher ist es, als ja diesen Volksgenossen über ein Jahrzehnt lang eingepaukt worden ist, daß die Nationalsozialisten, einmal an die Macht gelangt, die Gewerkschaften zertrümmern und damit jede tarifliche Festlegung ihrer berechtigten Ansprüche unmöglich machen werden.

Diese Zweifel sind nun wohl restlos behoben. Am 16. Mai, also noch nicht eine volle Woche nach der Gründung der Deutschen Arbeitsfront, ist der erste Baustein zum Fundament gelegt worden, auf dem künftig die Regelung der Lebenshaltung der deutschen Arbeitnehmerschaft erfolgen wird.

Etwas, für Menschen, die die nationalsozialistische Willenskraft noch nicht voll verstehen, Unfaßbares ist geschehen. Die Führer der Wirtschaft und der Deutschen Arbeitsfront haben einfach angeordnet, daß innerhalb zweier Monate jede Tarifverhandlung zu unterbleiben hat. Damit ist selbstverständlich auch gesagt, daß kein Lohn- oder Gehaltsabbau eintreten darf.

Man braucht nur einen Blick in die nächste Vergangenheit zurückzuwerfen, um zu erkennen, mit welcher Wucht die Umwälzung aller Begriffe in dieser Hinsicht vor sich geht. Im Frühjahr 1930 war es, als von den Marxisten jene Periode eingeleitet wurde, die den unaufhaltsamen Abrutsch der Löhne und Gehälter brachte. Karl Severing und Professor Sinzheimer aus Frankfurt haben damals für die Eisen- bzw. Bergbauindustrie als Schiedsrichter den verheerenden Einkommensabbau, die rückläufige Bewegung der Kaufkraft und damit die automatische Steigerung der Arbeitslosigkeit sanktioniert.

Der Wirtschaft hat es nicht geholfen, die Arbeitnehmer sind immer mehr verelendet — es war der schlimmste Verrat, den jemals marxistische Parteihauptlinge und marxistische Gewerkschaftssekretäre an den Interessen des arbeitenden Volkes verübt haben.

Welch ein Unterschied! Die Marxisten — diese patentierten Vertreter der Volksnot — bauen Löhne und Gehälter ab! Die nationalsozialistische Revolution muß sich in die Speichen werfen, um das abwärtsrollende Lohnradd zum Stillstand zu bringen.

Aber dieser „Waffenstillstand“, den die Führer von

Wirtschaft und Arbeitsfront dekretiert haben, ist nur ein Anfang für die Gestaltung des gesamten Tarifwesens.

Die Arbeiter und Angestellten werden sich an den Gedanken gewöhnen müssen, daß das ganze bisherige Lohnvertrags- und Arbeitsvertragssystem restlos verschwinden wird.

Dieses System, das aufgebaut war auf der Klassenkampfdie eines Karl Marx und auf der Raffschicht eines liberalistischen Unternehmertums, hat keinen Platz im nationalsozialistischen Staat.

Die Höhe oder Tiefe des Einkommens wird in Zukunft nicht mehr davon abhängen, ob es der Geschicklichkeit eines Gewerkschaftssekretärs oder Unternehmensyndikus gelungen ist, die Angehörigen eines Berufes in Vereinigungen zusammenzubringen und dann je nach der Organisationsstärke den Gegner im Tarifvertrag zu knebeln und gute oder schlechte Löhne festzusetzen.

So wie sich dieser Tage die Pgg. Dr. Wagener und Dr. Ley als die Kontrahenten der Wirtschaft und der Arbeit zusammengesetzt haben, um zum Wohl der Wirtschaft und ihrer Mitarbeiter im nationalsozialistischen Sinne das einigende Band eines wirtschaftlichen Friedens zu knüpfen, so werden künftig nach genau festgelegten Richtlinien die Führer der einzelnen Berufsstände — auf der einen Seite der Wirtschaftsführer, auf der anderen Seite der Arbeitsführer — die Notwendigkeiten und Möglichkeiten des Einkommens festlegen.

Wir werden wohl einen Mindestlohn für die Leistungsunfähigsten haben, der aber nicht wie bisher den Höchstlohn für den Tüchtigsten darstellt.

Unser Vertragssystem wird vielmehr auf dem Leistungsgesetz aufgebaut sein, das dem Tüchtigsten alle Möglichkeiten schafft, sich Besitz zu erwerben.

Nicht der wird künftig Bestverdienter sein, der die meisten Hosenböden durchgewetzt hat, sondern der die besten Arbeitsleistungen vollbringt.

Im nationalsozialistischen Tarifsystem wird dem Schutz und der Erhaltung der Arbeitskraft und konsequenterweise die dem jeweiligen Wirtschaftsstande angemessene Festigung und Sicherstellung der Kaufkraft die größte Aufmerksamkeit geschenkt sein.

Unser Tarifsystem wird aber auch berücksichtigen, daß die schönsten Tarife für die Arbeitsleistung nichts helfen, wenn über ein Drittel der deutschen Arbeitnehmer erwerbslos ist. Es wird der Wirtschaft ermöglichen, wieder mehr Leute einzustellen und die Allgemeinnot fortschreitend zu lindern.

Schon die nächsten Monate werden zeigen, wie richtig es ist, dem nationalsozialistischen Grundgesetz zu huldigen: „Gemeinnutz geht vor Eigennutz!“

Dies sind nur einige Beispiele aus dem Bezirk einer kommunalen Verwaltung, aber derartige geschah im ganzen Reich. Als man den ehemaligen Direktor der Karlsruher Maschinenfabrik, der wegen Kapitalverschwendung ins Ausland verhaftet worden war, wieder auf freien Fuß setzte, weil man von der alten Gewohnheit nicht loskommen konnte, bei so großen Leuten auf eine Haft zu verzichten, behielt der Justizminister Kerrl den Generalstaatsanwalt zum Vortrag, und siehe da, Herr von Gontard wurde erneut in Haft genommen. Für Schädlinge der deutschen Arbeit, ob hoch oder niedrig, gilt heute nur ein Recht. Der Schutz gilt der ehrlichen Arbeit, den Schädling trifft die volle Strenge des Gesetzes. So wurden kürzlich in München 169 Geschäftsleute wegen Butterwuchers verhaftet und in Konzentrationslager übergeführt.

Wir sehen aus diesen Beispielen, daß ohne Unterschied des Standes die heutige Macht sich gegen diejenigen wendet, die sich gegen die Volksgemeinschaft vergehen. Damit ist für den deutschen Arbeiter das gewährleistet, was die Männer vom November ihnen nicht gaben: Gleichheit vor dem Gesetz und Gerechtigkeit.

Die nächste Aufgabe war es, die Mächte zu formieren, die das neu zu schaffende Arbeitsrecht mit immer neuem Leben erfüllen und Garantien für die Durchführung dieses Rechtes sein sollen. Nicht wie bei den Verfechtern

des Klassenkampfgedankens blieb es hier bei der Theorie. Als Verkünder des Gedankens der Volksgemeinschaft schuf Adolf Hitler die gewaltige deutsche Arbeitsfront. In ihr haben die Arbeiter und Angestellten ihre kraftvolle Vertretung gefunden. Mit dieser Tat ist erst die Voraussetzung dafür geschaffen, daß die neuen Gesetze, die im Geist der Volksgemeinschaft das Recht der deutschen Arbeit festlegen sollen, mit blutvollem Leben erfüllt werden und nicht nur auf dem Papier stehen, sondern auch in die Wirklichkeit hineingetragen werden. Der Anfang zu dieser Gesetzgebung ist schon gemacht. Daß die Gesetzgebung sich im Rahmen der von Adolf Hitler verkündeten Grundsätze bewegt, versteht sich bei dem, dessen erster Regierungsgrundsatz es ist: „Wir wollen nicht lügen“, von selbst. Am Feiertag der nationalen Arbeit hat er dem deutschen Arbeiter verkündet, daß die Neuordnung der deutschen Arbeit beim Bauern beginnen müsse. Die Worte sind kaum verklungen, und schon sind die ersten Gesetze geschaffen zur Rettung und Erhaltung des Bauerntums, Gesetze von einer Tragweite und Größe, wie wir sie in den letzten hundert Jahren nicht erlebt haben. Aus dieser Folgerichtigkeit und unermüdelten Schaffenskraft muß der deutsche Arbeiter die Überzeugung schöpfen, daß die Zeit nicht mehr fern ist, daß auch für den Arbeiter Gesetze geschaffen werden, die ihm für alle Zeiten sein Lebensrecht und den Lohn seiner Arbeit sichern werden.

Treuhänder der Arbeit

Die Reichsregierung hat ein neues Gesetz geschaffen, das für die nächste Zeit von außerordentlicher Wichtigkeit für unser ganzes wirtschaftliches Leben sein wird und das vor allen Dingen für die Arbeitnehmerschaft von überaus großer Bedeutung ist. Es ist das „Gesetz über Treuhänder der Arbeit“. Es sieht vor, daß für größere Wirtschaftsgebiete Männer aufgestellt werden, die die verantwortungsvolle Aufgabe haben, die Lohn- und Arbeitsbedingungen zu regeln.

Diese „Regelung“ hatten bis vor einigen Monaten die sogenannten wirtschaftlichen Vereinigungen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer, also die Gewerkschaften und die Arbeitgeber-Verbände vorgenommen. Und wenn wir das Wort Regelung in Anführungszeichen setzen, so deshalb, weil den Festsetzungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen fast regelmäßig ein wüster Kampf vorausging. Und weil es beim Abschluß des „Friedensvertrages“, in unserem Falle also des Tarifvertrages, immer Sieger und Besiegte gegeben hat. Für die Arbeitnehmerschaft waren die Friedensabschlüsse dieser unzähligen großen und kleinen wirtschaftlichen Bürgerkriegsschlachten und Gefechte von recht unangenehmem Beigeschmack, weil sie fast immer die Besiegte war.

Wir NSBO-Leute verkündigen mit dieser Kennzeichnung der „Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen“ nichts Neues. Wir haben in ungezählten Artikeln und in unzähligen öffentlichen und Betriebszellen-Versammlungen das geübte System der Tarifierung der Arbeitsleistung als falsch hingestellt; wir haben auch nie versäumt, den Angestellten und Arbeitern, aber auch den Arbeitgebern aufzuzeigen, daß eine fruchtbare Festlegung des Arbeitseinkommens nur dann möglich ist, wenn wir den Weimarer Marxismus zerstäuben und an seine Stelle den Deutschen Sozialismus setzen.

Das kann nicht ein Werk von einigen Tagen sein. Wir stehen ja erst an den Anfängen der nationalsozialistischen Revolution, die freilich von Tag zu Tag immer höher schwillt und erst dann ihr Ende erreicht haben wird, wenn jeder einzelne Volksgenosse von innen heraus Nationalsozialist geworden ist.

Einen kleinen Ausschnitt unserer Revolution nun erleben wir mit der Berufung der „Treuhänder der Arbeit“. Diese Einrichtung soll nur eine vorläufige sein. Sie wird abgelöst werden, wenn einmal die berufsständische Verfassung der Wirtschaft und der Arbeit vollständig aufgebaut sein wird. Bis dahin regeln also die Treuhänder an Stelle der Vereinigungen von Arbeitnehmern, Arbeitgebern und einzelnen Arbeitgebern rechtsverbindlich die Lohn- und Arbeitsbedingungen.

Diese Aufgabe ist keineswegs leicht. Die Männer, denen dieses hohe Amt übertragen wird, haben zu handeln keinem zu Liebe und keinem zu Leide.

Sie werden auf beiden Seiten — bei der Wirtschaft und bei der Arbeit — noch Gruppen vorfinden, die aus ihrer Haut noch nicht herausgefunden haben; die einen, die im anderen immer noch den Klassengegner sehen, die anderen, die sich eine „Sanierung der Wirtschaft“ nur durch die Senkung der Kaufkraft — den Lohn- und Gehaltsabbau — vorstellen können.

Sie finden aber auch jene Gruppe vor, die sie immer als getreue Helfer und Mitkämpfer auf ihrer Seite haben werden.

Innerhalb der Wirtschaft hat sich die große Gruppe jener gesammelt, die den liberalistischen Krämergeist als das erkannt hat, was er ist — Todfeind einer gesunden Volkswirtschaft, weil Diener und Knecht des Kapitalismus —, und die einer Wirtschaftsform huldigt, in der das Kapital der Wirtschaft, die Wirtschaft aber dem Volke zu dienen hat.

Dann steht da die Front der Arbeiter, diese unüberwindliche Phalanx, die wachsam bereit ist. Und diese zwei Formationen stehen Rücken an Rücken, in einem Geiste geführt — sie bilden die Front der Deutschen Arbeit.

Die Treuhänder der Arbeit werden an ihr den Rückhalt finden, den sie gar manchemal brauchen werden. Die deutsche und nationalsozialistische Arbeitnehmerschaft ist immer opferbereit gewesen und wird es bleiben. Sie bäumt sich nur dann auf, wenn sie allein alle Opfer tragen soll, sie ist zu allem Schweren bereit, wenn auch die anderen ihre Opfer darbringen.

Wenn alle ihre Habsucht, ihre Raffgier, ihren Egoismus, ihre Vorurteile ablegen, dann werden die Treuhänder der Arbeit jene Grundmauern zur sozialen Verfassung aufrichten können, auf denen das Haus der Volksgemeinschaft als Bollwerk gegen alle Feinde des deutschen Volkes erstehen wird.

Die Revolution geht weiter!

Neuerrichtung der internationalen Eisenkartelle

Die Verhandlungen zum Neuabschluß der Internationalen Rohstoffgemeinschaft und ihrer Unterverbände dauern bereits eine geraume Zeit. Sie sind nunmehr zu einem gewissen Abschluß gelangt. Im Februar hatte man sich bereits grundsätzlich über die Errichtung einer internationalen Rohstoff-Export-Gemeinschaft geeinigt. Nach langwierigen Verhandlungen sind sechs internationale Verkaufsverbände, und zwar für Halbzug, Träger, Stabeisen, Universaleisen, Grobbleche und Mittelbleche errichtet worden. Diese Verbände sollen bereits am 1. Juni ihre Verkaufstätigkeit aufnehmen. Die Verhandlungen über die Errichtung eines Feinblechverbandes konnten noch nicht zu Ende geführt werden. Die Quoten bei den Verbänden sind nicht gleitend, sondern starr, wobei die Möglichkeit von Übertragungen geschaffen worden ist. Deutschland ist bei Halbzug mit rund 23 vH, bei Formeisen mit 27 vH, bei Stabeisen mit 29 vH, bei Grobblechen mit 46 vH, bei Mittelblechen mit 28 vH und bei Universaleisen mit 52 vH beteiligt. Diese Beteiligungssätze werden aber erst voll im dritten Jahr des Bestehens der Verkaufsverbände wirksam. Für das erste Jahr überträgt die deutsche Gruppe Quotenanteile auf andere Länder. Dafür erhält die deutsche Gruppe 11 M. je Tonne. Um die Innehaltung der Quoten zu erreichen, sind hohe Strafzahlungen verbietet. Die Sätze bewegen sich zwischen 3 und 25 M. je Tonne. Einzelfragen sind noch Gegenstand von Verhandlungen. Über die Festsetzung der Preise ist noch keine Einigung erzielt. Die Verkaufskontore der internationalen Verbände sind Revisions- und Abrechnungsstellen, der Verkauf erfolgt auch ferner durch die einzelnen nationalen Industrien.

Damit wäre die internationale Kartellierung der Eisen- und Stahlindustrien wieder zur Tatsache geworden. Die Hauptländer der Vereinbarung sind: Deutschland, Frankreich, Belgien und Luxemburg.

Deutscher Sozialismus

Von Graf E. Reventlow M. d. R.

(2. Fortsetzung)

Nicht das Volk, auch nicht der Staat werden zum Herrscher über alles andere erhoben, sondern die Klasse, die Arbeiterklasse, das Proletariat! Das war der neue, der ganz neue Gedanke des internationalen Sozialismus, der durch Marx Form und Gestaltung erhalten hat.

Der marxistische Klassengedanke geht von der Voraussetzung aus, die er für eine epochenmachende Entdeckung ausgab, daß die handarbeitende Bevölkerung die einzige sei, die man als Arbeiter bezeichnen könne. Diese schaffe die Werte, erhalte aber von dem eigentlichen ihr allein zukommenden Betrag ihrer Arbeit nur einen ganz kleinen Teil, gerade genügend, um ihr Leben zu fristen, um sie so in die Botmäßigkeit der Arbeitgeber hineinzuketten. Da den Arbeitgebern immer ein großes Angebot von Arbeitnehmern zur Verfügung stehe, sie also nie von ihren eigenen Arbeitnehmern abhängig würden, vielmehr immer Ersatz für sie hätten, so besäßen die Arbeitnehmer keine Möglichkeit, ihr Los genügend und von Fall zu Fall zu verbessern. Im Gegenteil würde mit dem fortwährenden Reicherwerden der Arbeitgeber die Verblendung der Arbeitgeber wachsen und in letzter Folgerung den Umsturz und die Beseitigung des kapitalistischen Systems herbeiführen, gleichbedeutend mit dem Sieg und der dauernden Herrschaft der Arbeiterklasse und mit dem Platzgreifen des internationalen sozialistischen Idealstaates. Das sind nicht etwa bloße Theorien und Phantasien, wie sie Marx in der ersten Hälfte des vergangenen Jahrhunderts hinwarf. Am 13. November 1918 erließen die sogenannten Volksbeauftragten einen Aufruf, in dem folgendes stand: „Indem sich in Zukunft die Völker in aller Offenheit selbst regieren, herrscht nunmehr das Recht. Der Kapitalismus gehört von jetzt ab einer überwundenen Zeit an. Jeder Werktätige erhält gerechte Entlohnung! Die Republik garantiert jedem Arbeit und Brot... In der Republik ist kein Platz für Korruption!... Das Volk regiert sich selbst. Ein allgemeiner politischer und wirtschaftlicher Aufstieg wird die Folge sein. Durch diese Revolution tritt unser Volk in den Zustand einer wahren Freiheit, Schönheit und Würde!“

Die Wirklichkeit beweist das Gegenteil. Wir hatten bis zu dem Augenblick der Machtübernahme durch den nationalsozialistischen Staat unter dieser Republik die Herrschaft des krassesten Kapitalismus. Die Arbeiterklasse, der Proletariat, sollte nach Marx nichts wissen vom eigenen Volk und eigenem Vaterland, er hat nichts zu verlieren als seine Ketten, ein verlorener Krieg kann ihm gleichgültig, ja muß ihm erwünscht sein, da er ihm die Hoffnung bietet, durch die Möglichkeit des sozialen Umsturzes zum sozialen Staat zu gelangen.

Für Rousseau bedeutete es eine Selbstverständlichkeit von Volk und Staat, von den Problemen des Zusammenlebens der gesamten Volksgenossen auszugehen, um aus einem mangelhaften Zustand einen besseren durch allseitige Zusammenarbeit zu schaffen. Der jüdische eiskalte Internationalist Marx ging von der seiner Ansicht nach vorhandenen Internationalität der Klasse der „Proletariat“ bewußt und überlegt aus mit dem ebenso überlegten Ziel, durch die Arbeiterklasse als kompaktes, in sich geschlossenes, alle Grenzen von Staaten durchbrechendes Massiv die Völker zu zerreißen und machtlos, schließlich gegenstandslos zu machen.

Kehren wir zu dem Satz von der Überführung der Produktionsmittel in die Hände der Allgemeinheit zurück, so ergibt sich als erstes politisches Ziel für eine mächtige marxistische Partei die Enteignung der Produktionsmittel aus den Händen ihrer bisherigen Besitzer. Ist die Macht der marxistischen Partei nicht groß genug, um dieses Ziel direkt und durch Zwang zu erreichen, so hat sie dazu indirekte Möglichkeiten und Wege. Sie schafft durch eine dazu bestimmte Politik und Wirtschaftslagen, welche die Enteignung der Produktionsmittel, ja des Eigentums überhaupt, nach sich ziehen. Ein Musterbeispiel hierfür bietet Deutschland seit dem Umsturz. Die überlegte und zielbewußte Arbeit der marxistischen und der von ihnen so oder so zum Mitgehen veranlaßten anderen Parteien stützten das wirtschaftliche Leben Deutschlands für die Dauer auf Annahme hochverzinslicher Anleihen im Auslande unter gleichzeitiger ebenso überlegter Aushöhlung der deutschen Wirtschaft beziehungsweise Verminderung der schaffenden heimischen Produktion bis zur Vernichtung.

So war es nur folgerichtig, daß unter dem Marxismus das gesamte deutsche Leben im Zeichen der ständig fortschreitenden Enteignung des deutschen Besitzes auf dem Lande und in der Stadt stand. Eigentümer wurde

in irgendeiner seiner vielen Gestalten das internationale Kapital, den Gewinn aus der nationalen Enteignung zog der internationale Kapitalismus. Je vollständiger diese Enteignung wurde, desto restloser beherrschte der internationale Kapitalist das deutsche Land und Volk.

Es ergibt sich, daß auf dem Wege und auf der Grundlage des internationalen Sozialismus die Verwirklichung eines sozialen Ideals nicht möglich ist, daß vielmehr der Internationalismus den Sozialismus unter den internationalen Kapitalismus verknechtet.

Diese Entwicklung entspricht sogar den Gedanken- gängen und Wünschen eines Karl Marx.

Die großen Hauptsätze der Marx'schen Theorie sind: die bürgerliche Revolution muß und wird den Feudalismus — von Marx auch gleichgesetzt mit dem Zeitalter des Handwerks — beseitigen. Dann kommt das Bürgertum zur Herrschaft, und das bedeutet gleichzeitig den Kapitalismus und die fortschreitende Ausbeutung der Arbeiterklasse. Der Kapitalismus wird mit logischer Notwendigkeit immer größer und mächtiger werden, die Arbeiterklasse wird immer mehr anschwellen und immer mehr verelenden, ohne daß sie auf lange Zeit hinaus diese Sklaverei brechen könnte. Einmal wird und muß aber der Augenblick kommen, wo die Welle des Kapitalismus so hoch angeschwollen sein wird, daß sie sich überstürzt. Dann ist der Augenblick der proletarischen Revolution gekommen und damit auch der Enteignung der Enteigner. Aber wann wird dieser Augenblick gekommen sein?

Zunächst also wollte Marx den Sieg des Bürgertums und des Kapitalismus. Der Unterdrücker und Aussauger des Arbeiters sollte und mußte stark werden, so kapitalstark wie irgend möglich. Dann prophezeite Marx den bürgerlichen Kapitalismus, dem kapitalistischen Bürgertum eine lange, zeitlich-unermeßliche Periode des Wachstums, der Blüte und der Macht. Während dieser unermeßbaren Zeit würde die Ausbeutung der immer mehr anschwellenden Arbeitermassen bis zu deren völligen Verelendung ihren Fortgang nehmen. Wiederholt sei, das wollte Marx nicht allein voraussehen, sondern wünschte auch, daß es so kommen würde. Es war ihm völlig gleichgültig, wieviele Millionen von Arbeitern und wieviele Generationen dieses Elend über sich zu ergehen lassen hätten.

Über den sozialistischen Zukunftsstaat, der mit dem großen Augenblick der „Enteignung der Enteigner“ eintreten sollte, hat Marx keinerlei nähere Angaben gemacht. Ein von einer seiner Überzeugung nach großen Idee erfüllter Mensch, der von dieser seiner Idee behauptet, sie werde Millionen geknechteter Menschen befreien, wird alles Erdenkliche tun, seine ganze Kraft und sein Dasein dafür einsetzen, so schnell wie möglich alles zu tun, um ihr Geltung zu verschaffen, sofern es ihm wirklich um die Sache zu tun ist. Er wird versuchen, zunächst besonders auf alle Mächtigen, auf Monarchen und Regierung einzuwirken, um sie zu gewinnen. Marx versucht nichts von allem diesem. Er zeigt das Endziel des proletarischen Sieges auf dem Wege des Klassenkampfes gegen das kapitalistische Bürgertum. Auf der anderen Seite betätigt er sich mit allen Kräften für den Sieg desselben kapitalistischen Bürgertums über das alte feudalistische Regime. Er ebnete also mit vollem Zielbewußtsein und allen Kräften der kapitalistischen Herrschaft in Deutschland den Weg, um dann — wenn diese Herrschaft vollständig und überwältigend da wäre — gegen sie den Proletariat aufzurufen! Wir fragen jeden Arbeiter, der diese geschichtliche Tatsache liest: kann so ein Freund des Arbeiters handeln, kann das Ziel eines solchen Mannes wirklich und aufrichtig auf Befreiung und Hebung des Arbeiters gerichtet gewesen sein? Die Antwort ist vollkommen klar. Sie lautet: nein! Das deutsche Handarbeitertum lebte durch ein dreiviertel Jahrhundert von den Versprechungen auf eine bessere Zukunft, wurde Sklave des Kapitalismus, wurde so der Kuli, auf dessen Rücken die marxistische „Führerschicht“ sich in den Kapitalismus so gründlich hineinlebte, daß diese gewiß niemals die Erfüllung des Zukunftstraumes, den sie den Massen vorgaukelte, den Sturz des Kapitalismus, herbeisehnte.

Wie aber war es möglich, daß die deutsche Handarbeiterschaft soweit sich hergab, auf solchen gefährlichen Weg sich führen ließ?

Dazu müssen wir die soziale und Arbeitsgeschichte des vorigen und des Anfangs dieses Jahrhunderts verstehen.

(Fortsetzung folgt)

Auswege aus der Not

Bei seiner Ankunft in Neujork wurde der Präsident der Deutschen Reichsbank, Dr. Schacht, über die Auswege aus der Wirtschaftskrise befragt. Er beantwortete die Frage u. a. treffend folgendermaßen:

„Es gibt zwei Auswege, der eine ist eine Trennung der einzelnen Staaten voneinander, die zu einem niedrigen Lebensstandard führt, der andere internationale Zusammenarbeit zur Schaffung neuer Märkte. Die Wahl liegt zwischen Trennung und Armut auf der einen, und Zusammenarbeit und Wohlstand auf der andern Seite.“

Die am 12. Juni beginnende Weltwirtschaftskonferenz hat es in der Hand, die Beschreitung eines dieser Wege zu ebnen. Allerdings haben auch schon früher internationale Zusammenkünfte in programmatischen Richtlinien die Wege zur internationalen Zusammenarbeit und Schaffung neuer Märkte festgelegt. Der Meinung von Dr. Schacht, daß der Wohlstand der Welt nur in der internationalen Zusammenarbeit liegt, haben andere Wirtschaftsführer und Staatsmänner deutlich hervorgehoben. U. a. Reichskanzler Hitler während seiner letzten Rede zur außenpolitischen Lage im Reichstag.

Die acht im Organisationsausschuß zur Vorbereitung der Weltwirtschaftskonferenz sitzenden Staaten haben sich über den Zollwaffenstillstand geeinigt. Die Einigung ging dahin, bis zum 31. Juli dieses Jahres dem internationalen Handel keine neuen politischen Hindernisse zu bereiten. Diese vor der Konferenz zustandgekommene Übereinstimmung von acht bedeutungsvollen Ländern (Amerika, Belgien, Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Italien, Japan und Norwegen) ist ein

guter Auftakt. Auf der Weltwirtschaftskonferenz sollen nicht weniger als 66 Staaten zusammenkommen. Mehr oder weniger haben sie alle die Folgen des Zustandes der Trennung der einzelnen Staaten voneinander zu spüren bekommen. Die internationale Zusammenarbeit zur Schaffung neuer Märkte ist ein sicheres Mittel, die Weltwirtschaftskrise zu beheben. Neue Märkte müssen geschaffen werden durch Erleichterung und Verstärkung des Warenstromes und des Güterausstausches zwischen den bestehenden Wirtschaftsgebieten. Hier muß die Weltwirtschaftskonferenz zu entscheidenden Beschlüssen kommen. Sie darf nicht auslaufen wie ihre Vorgängerin vom Jahre 1927. Damals hat man es an schönen Worten bestimmt nicht fehlen lassen. Aber die schöngeformten Beschlüsse sind auf dem Papier stehen geblieben. Niemand hat sich von den Staaten danach gerichtet. Wenn aber bereits die im Organisationsausschuß sitzenden Staaten zu einer prinzipiellen Einigung bezüglich der Zollfragen gelangt sind, dann besteht wenigstens einige Hoffnung, daß der große Aufwand, den eine solche Konferenz erfordert, nicht nutzlos vertan ist.

Wie dem auch sei, es ist dringend zu hoffen, daß die internationale Wirtschaftskonferenz zu Beschlüssen gelangt, die zum Wohle der gesamten Menschheit beitragen können. Doch wie sich die Konferenz auch entscheiden mag, die Behebung des Inlandsmarktes bleibt dennoch das Entscheidende. Darunter verstehen wir die energisch in Angriff genommene Milderung der Arbeitslosigkeit und die Sicherung des Masseneinkommens durch auskömmliche Löhne und Gehälter. Daß daneben aber auch die Behebung der Agrarkrise und damit die Stärkung der Kaufkraft der Landwirtschaft angestrebt werden muß, versteht sich von selbst und muß mit der erstgenannten Maßnahme Hand in Hand gehen.

Des Brückenbauers Tod

Du willst doch nicht sagen, daß der Finkmann so mir nichts dir nichts zu seinem Spitznamen gekommen ist. Man nennt doch keinen Menschen Leichenfinkmann, wenn er nicht mindestens ein Menschenleben auf dem Gewissen hat.

Wie es mit seinem Gewissen steht, weiß ich nicht. Vor Gericht jedenfalls hat man ihm nichts anhaben können. Nur wegen fahrlässiger Tötung hat man ihm ein halbes Jahr aufgebremmt. Mit Bewährungsfrist.

Das heißt also, daß er doch einen umgebracht hat und einen weiteren umbringen muß, ehe er dafür in den Kasten kommt. Viel Vergnügen. Bei dem Monteur möchte ich arbeiten. Da wäre man ja seines Lebens nicht sicher.

Aber nein, glaub doch, was ich dir sage. Gerade bei Finkmann bist du deines Lebens sicher. Ich habe doch mehr als eine Montage mit ihm gemacht, wo auch nicht eine Fingerspitze dran glauben mußte. Und keiner war stolzer darauf als Finkmann. Und was auf Montage eine Fingerspitze gilt, das weißt du doch.

Aber wie konnte es dann zu der Sache kommen, die man sich von Finkmann erzählt und wegen der man ihm den Spitznamen gegeben hat?

Wie konnte das kommen? Du weißt selbst, etwas kommt immer mal vor, und wenn man noch so sehr aufpaßt. Also, um es kurz zu erzählen, das war damals wie wir bei Dingskirchen die Brücke erneuert haben. Du weißt schon wo, und die Laffen, die hier die Ohren spitzen, brauchen nicht gleich wissen, wovon wir reden. Also da haben wir die neue Brücke gebaut. Nun war da die Flutöffnung ziemlich tief. Verkehr war auch allerhand. Kurz und krumm, Gerüst durften wir nicht bauen. Außerdem stand die alte Brücke noch an ihrem Platz, weil der Verkehr sowohl auf dem Wasser als auch auf der Brücke nicht unterbrochen werden konnte. Was war zu tun? Das Mittelstück mußte auf Kähnen montiert werden. Darin war Finkmann Spezialist. Er ließ die Kähne durch Streckbalken und Kreuzlager gut verbinden. Auseinanderlaufen konnten sie uns nicht.

Der Tag kam, an dem wir die Brücke einfahren konnten. Die Eisenbahn hatte uns drei Stunden Zeit gegeben. In diesen drei Stunden mußten wir die alte Brücke ausfahren und die neue einschweben. Und die Schienenstöße verlaschen. Kannst dir denken, daß da der Schweiß floß. Finkmann hatte uns noch besonders eingeschärft, daß keiner seinen Posten verlassen dürfe, was immer auch geschehe. Brauchte er uns ja nicht erst sagen. Sind doch alte Brückenbauer.

Die Kähne, die die alte Brücke aufnehmen sollten, standen fertig. Der letzte Zug war kaum über die Brücke gebracht, da ließen wir auch schon das Wasser aus den Tanks. Eine Pracht, wie der alte Kasten sich hob. Während dann die Auflager ausgewechselt wurden, ließ Finkmann die Anker loswerfen, und die alte Brücke hatte noch nicht am Ufer angelegt, da schwamm die neue schon vom Ufer los. Nur an zwei Stellen hing der ganze Aufbau noch mit dem Land zusammen. Langsam wurden die Seile nachgelassen.

Oben auf der Brücke stand Mutzenkarl. Er hatte, so wie die Brücke zwischen den Pfeilern lag, ein Seil, das ihm heraufgeschmissen wurde, anzufangen und am ersten Querträger festzumachen. Damit die Brücke sich richtig auf die Auflager senkte. Genau in dem Moment, als Mutzenkarl sein Tau festgemacht hatte, riß das Ankertau auf seiner Seite. Nun war an dem Morgen auch die Strömung noch etwas stark, und so war das Unglück da. Unten zerrte die Strömung den Tragkahn mit dem Gerüst unter der Brücke weg, oben hing die

Brücke am Pfeiler fest. Keine zehn Sekunden waren vergangen, da hatte die Brücke schon dreißig, ja vierzig Grad Neigung. Wir konnten den Augenblick ausrechnen, wo sie uns vom Gerüst rutschen mußte und der ganze Klumpatsch im Wasser lag. Was das bedeutet hätte, brauche ich dir nicht erzählen. Nicht nur die Arbeit von Monaten wäre umsonst gewesen, auch der Bahnverkehr hätte wochenlang stillgelegt. Die Brücke hätte nicht nur den Fluß gesperrt, sondern auch das Wiedereinfahren der alten Brücke verhindert. Außerdem hätte die Mannschaft, die auf den Kähnen stand und darauf wartete, die Tanks voll zu pumpen und die Ankertäue zu bedienen, dran glauben müssen.

Finkmann sah all das in einem Augenblick. Er schrie Mutzenkarl zu, er solle das Seil losmachen und die Brücke treiben lassen. Aber ob Mutzenkarl an dem Morgen besoffen war oder was sonst mit ihm los gewesen ist, weiß ich nicht. Er klammerte sich an das Seil, als hinge sein Leben davon ab. Dabei wäre, wenn er rechtzeitig losgelassen hätte, alles gut abgegangen. Vielleicht aber auch war es die strenge Anordnung Finkmanns, nichts zu tun, was nicht befohlen war, die ihn abhielt zu tun, was nötig war.

Finkmann wartete nicht bis Mutzenkarl seinen Befehl befolgte. Mit einem Sprung war er auf der Brücke und eilte in langen Sätzen auf die andere Seite, wo Mutzenkarl sich krampfhaft an das Seil klammerte. Schon das war eine Leistung, weil doch die Brücke allerhand Neigung und keinen richtigen Belag hatte.

Gespannt sahen wir vom Ufer aus zu, was Finkmann machen würde. Da stand er auch schon neben Mutzenkarl. Einen Augenblick kämpften die beiden miteinander. Mutzenkarl wollte das Seil auch jetzt noch nicht loslassen. Vielleicht fürchtete er den Schlag, den es geben mußte, wenn die Brücke plötzlich frei kam und den Sturz in die Tiefe, der ihm dann sicher war. Er hatte recht, aber es stand mehr auf dem Spiel als das Leben eines Brückenbauers. So blieb Finkmann nichts übrig, als das Seil, das Mutzenkarl nicht loslassen wollte, durchzuschlagen. Plötzlich riß das Seil. Die Brücke schlug herum und richtete sich auf. Mutzenkarl schlug mit dem Kopf gegen den Portalträger und stürzte ins Wasser. Finkmann hatte mehr Glück. Er schlug zu Boden und konnte sich an einer Eisenbahnschiene anklammern.

Kaum jedoch hatte die Brücke ihre wagerechte Lage wieder, als er sich auch schon aufrichtete. Die Gefahr, daß auch das zweite Ankerseil reißen könne, war vorbei; denn so wie die Brücke in Stromrichtung lag, genügte ein Anker, um sie zu halten. Ohne weiteren Zwischenfall zogen wir die Brücke nun an ihren Platz. Die Tanks der Tragkähne wurden vollgepumpt. Die Schienenstöße verlascht und der erste, der die Brücke, die nun sicher auf ihren Lagern ruhte, betrat, war der Polizist, den die Bauern, die dem Vorgang zugesehen, inzwischen herbeigeholt hatten. Aber Finkmann ließ sich in seiner Arbeit nicht stören. Vom Obergut aus, auf den er geklettert war, dirigierte er die weiteren Arbeiten. Murrend, aber einsichtig genug, daß hier nur einer kommandieren konnte, befolgten die Arbeiter seine Anordnungen.

Genau zur vorgeschriebenen Zeit stand der Belastungszug auf der Brücke. Die Brücke wurde abgenommen und Finkmann hätte herunterkommen können, aber er wartete noch, bis der erste Zug über die neue Brücke brauste; dann erst kam er von seinem Platz herunter, gab den Arbeitern, die nach dem Körper Mutzenkarls fischten, noch einen kurzen Rat und ließ sich abführen.

Erich Grisar.

Hoffnung sei uns Wegbereiter

Auf den langen Landstraßen unseres Vaterlandes trifft man ein gewaltiges Heer von namenlosen Wanderern. Menschen sind es mit zerrissenen Anzügen und mit dürftigem Beinschutz. Aus ihrem Angesicht blickt die Not vergangener Wochen, Monate und Jahre. Unbarmherzig zwang sie die Not der Zeit auf die Landstraße, sie wurden heimatlos. So marschieren sie nun als Bataillone ohne Arbeit, ohne Bleibe und suchen — Inhalt für ihr Leben!

Junge Menschen sind es in den meisten Fällen, die Schritte auf die ersten Stufen der Lebensstreppe getan haben. Die Arbeitslosigkeit jagte sie hinaus, fort mußten sie vom Heimatort. Daheim sahen sie nur Elend und Kummer um die kommenden Tage. Seitdem traf ein Lichtschimmer ihr Dasein.

Vor zwei Jahren war es, die Natur stand zwischen Frühling und werdendem Sommer, als ich auf einsamer Straße drei junge Burschen traf. Ermattet und schwer die Beine bewegend, stampften sie durch die Gegend. An ihrem Schicksal nahm ich Anteil. „Freunde“, sprach ich zu ihnen, „wohin wollt ihr?“ Zuerst schwiegen sie und schauten sich stumm an. Nach einer Weile aber rang einer, ein blonder Bursche mit wehenden Haaren, von seinen Lippen die Antwort: „Wohin? Für uns gibt es kein Wohnort, unser Weg ist Zwang und Bestimmung. Wandern müssen wir, weil dadurch uns die Not im Nacken saß und an uns sehrte. Wir hielten es nicht mehr aus. Hinaus wollten wir. Nun schlagen wir uns auf unsere Art durch und schreiben zu einem fernem, unbekanntem Ziel...“

Ein Ziel suchten sie, aber den Weg kannten sie nicht. Über fremde Straßen eilten sie vorwärts. Teile eines Volkes waren sie, einer leidenden Gemeinschaft. Und doch waren sie ausgeschlossen? Ja, sie waren es; denn in den Augen vieler Menschen waren sie nur „Landstreicher“.

Oft maß ich an dieses Erlebnis denken. Manchmal dachte ich, daß es eigentlich schade um diese Menschen sei. Müßten sie denn ihre Jugend nutzlos auf des Pfisters der Landstraße legen? Konnten sie nicht nützlich ihren Platz im Volke ausfüllen? Jeder hätte es getan, aber die Möglichkeit dazu war versagt.

Doch selten fand ich trotz aller Schwere Menschen, die mühsam vom Zweifel am Zweck des Daseins übermannt waren. Die meisten „Waldbrüder“ tragen in Herzen die Hoffnung auf bessere Tage. In ihnen glüht etwas. Vielleicht war es der Glaube an sich selbst. Viele saßen sich in harten Stunden oft zugehört haben: „Nein, untergehen willst du nicht...“

So wurde der Bruder der Landstraße für uns alle ein Beispiel des Ansehens, ohne das wir alle nicht leben würden. Millionen gingen so in schwerer Zeit ihren Weg, aber im Herzen trugen sie doch die ewige Hoffnung auf Erfüllung ihrer Herzenswünsche. Müge um diese stille, innerliche Hoffnung immer aufs neue Kraft zum Leben und Streben geben, dazu werden wir uns als ickchensverbundene Menschen finden, um gemeinsam mitarbeiten zu können, daß einmal wieder alle den Heimat zurückfinden dürfen und wir wieder unsere Werktag haben, damit am Rhein und an der Ruhr, auf den Bergen und in den Tälern, in Ost und West, in Nord und Süd, überall und allerorts wieder die Stützen der Arbeit die Symbiose des Schicksals verkünden, daß aus der Not unserer Tage ein Geschlecht herausgeht, bei dem die Hoffnung Wegbereiter für eine Zeit glücklicher Menschen wurde!

Kurt Baus.

Ein tausendjähriger Wanderweg

RDV. Der rund tausend Jahre alte deutsche Wanderweg, der von Thüringen kommend nach dem baltischen Ranzweg und durch den Westerwald nach dem Rhein führt, soll erneuert werden. Er wird neue, einseitige Beziehungen erhalten, gleichzeitig werden Schutzstätten an verschiedenen Stellen errichtet.

Unarten

1. Feuchte nicht den Finger im Munde an, um Geld zu zählen oder Blätter umzuschlagen; am Papier können Krankheitserreger haften und in deine Mundhöhle gelangen.
2. Lecke nicht Briefmarken mit der Zunge; sie sind durch viele Hände gegangen und sicher beschmutzt, lecke auch den Briefumschlag nicht mit der Zunge zu.
3. Der Verkäufer blase nicht seine Tüten mit dem Munde auf; er fasse nicht das Einwickelpapier mit angefeuchteten Fingern an; Keime aus seinem Munde und von seinen Fingern können übertragen werden.
4. Lecke an der Bleistiftspitze nicht mit den Lippen, erst recht nicht am Kopierstift.
5. Trinke nicht gemeinsam mit anderen aus demselben Glas; du weißt nicht, ob der andere krank ist.
6. Halte nicht Nadeln, Nägel, Fahrscheine usw. mit den Lippen oder Zähnen.
7. Wirf nicht Semmeln, Brot und andere Nahrungsmittel unversiebelt mit anderen, oft nicht ganz sauberen Dingen in denselben Behälter oder dieselbe Tasche.
8. Laß Nahrungsmittel möglichst wenig in Küche und Zimmer herumliegen, auch wenn Fliegen, Mücken und andere Mitbewohner es gern sehen.
9. Wasch dir die Hände, bevor du isst, noch mehr, wenn du zu kochen beginnst.
10. Lies nicht beim Essen, nicht bloß weil es unhöflich ist, sondern auch weil es die Verdauung stört, der du deine ungeteilte Aufmerksamkeit zu widmen hast. Aus gleichem Grunde erledige beim Essen keine Geschäfte, führe keine erregten Gespräche, ärgere dich nicht.
11. Liebkose deine Hunde und Katzen nicht beim Essen.
12. Husse und niese keinen anderen an. Benutze ein Taschentuch, das dir auch dienlich sei, wenn du auszuspucken hast; der Fußboden ist kein Spucknapf.
13. Nach Benutzung des Abtoiletts wasche dir die Hände.
14. Drücke nicht Pickel im Gesicht mit den Fingern auf, deine Fingernägel sind nicht unbedingt sauber.
15. Schirme und Stöcke quer unterm Arm zu tragen, ist ein Unfug; den Augen des Nachbarn können sie gefährlich werden.

Gut gegeben

In der „Schönebecker Zeitung“ Nr. 108 vom 10. Mai 1933 war in einem Bericht folgendes zu lesen:

„Dann lag eine Reihe von Anträgen von Beamten und Angestellten auf HöherEinstufung und Titelerhöhung vor. Die Anträge wurden sämtlich abgelehnt. Der Magistrat war überrascht, daß an einem solchen Zeitpunkte, an dem mit allen Mitteln an einer Herabsetzung der Besoldungspunkte gearbeitet werden muß, ausgerechnet ein kollektiver Antrag von Beamten und Angestellten eingereicht wird, der letzten Endes auf eine Erhöhung der Ausgaben hinzielt. Der Magistrat verbietet künftighin die Stellung solcher Kollektivanträge und erwartet, daß die Beamten und Angestellten volles Verständnis für seine Sparmaßnahmen finden. Was die Anträge auf die Verleihung einer anderen Amtsbezeichnung angeht, so ist der Antrag des Magistratssekretärs K. in S. hervorzuheben, der zur Zeit die Wasser-, Gas- und Stromversorgung leitet. Auf Antrag hin hat der Magistrat einstimmig beschlossen, ihm den Titel „Wasserer, Gas- und Stromer“ zu verleihen mit der Anmerkung, ihm bei entsprechender Leistung den Titel „Oberwasserer, Oborgas- und Oberstromer“ zu verleihen. Außerdem hat Herr Pl.-Sch., der künftighin die Titel Gartenbauinspektor führt, neuerdings beantragt, ihn in seinem Fache zu beschäftigen. Der Magistrat beschloß, ihn künftighin wunschgemäß als Gärtner zu beschäftigen.“

Frauenarbeit in Rußland

Wie die „Iswestija“ (Nr. 117 vom 6. Mai 1933) berichtet, faßte sich das Präsidium des Allrussischen Zentralerekutivkomitees dieser Tage mit dem Stande der Frauenarbeit in der Sowjetwirtschaft. Aus dem in dieser Sitzung vom Arbeitskommissar der RSFSR erstatteten Bericht ging hervor, daß im Jahre 1932 die Heranziehung der Frauen zur Arbeit in der Sowjetindustrie große Fortschritte gemacht hat. In der Textilindustrie, dem Bekleidungs- und Trikotagenindustrie, der Gummiindustrie und der Nahrungs- und Genußmittelindustrie nimmt Frauenarbeit gegenwärtig eine dominierende Stellung ein. Im Jahre 1932 wurde eine große Anzahl von Frauen zur Arbeit im Kohlenbergbau, in der Eisen- und Stahlindustrie, in Maschinenbau und in der chemischen Industrie herangezogen. Der Anteil der Frauen an der Arbeiterkraft des Kohlenbergbaues stieg im letzten Jahr von 7,3 vH auf 12,3 vH, in der chemischen Industrie um das Zweifache, im Maschinenbau um das Anderthalbfache.

Starke Verwendung findet Frauenarbeit in letzter Zeit in den Saisonberufen. Bei den wichtigsten großindustriellen Neubauten sind insgesamt 125 000 Arbeiter beschäftigt, von denen 20 vH Frauen sind. Wachsende Aufmerksamkeit wird der Heranziehung der Frauen der nichtrussischen Nationalitäten gewidmet. In der Tatarenrepublik stellen die Frauen 41 vH der Gesamtzahl der Arbeiter, in Daghestan (Kaukasus) 34 bis 35 vH.

Der Anteil der Frauenarbeit wächst auch in den Behörden und im Handel, ganz abgesehen von solchen Gebieten wie das Sanitätswesen und das Unterrichts- und Gesundheitswesen. Auf diesen beiden Gebieten erreicht der Hundertsatz der Frauen 75 vH und darüber. In der RSFSR allein waren 1932 in den Sowjetbehörden 360 000 Frauen beschäftigt.

In Moskau und in Leningrad sind im Jahre 1932 Maßnahmen zur Anwerbung von Frauen zur Arbeit in der Sowjetindustrie getroffen worden. Diese Maßnahmen gehen Hand in Hand mit der Hebung der Qualifikation der Arbeiterinnen. Arbeiterinnen werden jetzt auch als Schlosser, Drechsler usw. verwendet. In dessen sind auf diesem Gebiet noch große Widerstände zu verzeichnen. Allein im Moskauer Gebiet sind 70 vH der Arbeiterinnen als ungelernete Arbeiter beschäftigt. Zum 1. Januar 1933 waren durch die Schulung der Arbeiter nur 163 000 Frauen erfaßt. Dabei zeigen die Ergebnisse des Jahres 1932, daß der Nutzeffekt der Frauenarbeit auf vielen Betrieben größer gewesen ist als dieser Arbeiter.

Die wachsende Heranziehung der Frauen zur Arbeit in der Sowjetindustrie hat erhebliche Schattenseiten, über die sich der Arbeitskommissar der RSFSR ausschwieg. Der Mangel an Kinderheimen, Kinderkrippen und ähnlichen Anstalten und die vielfach schlimmen Zustände in den bestehenden Institutionen dieser Art machen die Unterbringung solcher Kinder, deren Eltern arbeiten, zu einer schwierigen Frage. Die in letzter Zeit wieder auflebende Verwahrlosung der Kinder ist in vielen Fällen auf diese Schwierigkeiten zurückzuführen.

Der russisch-englische Handelskonflikt

Als Vergeltungsmaßnahme gegen die Verurteilung englischer Ingenieure in Moskau erließ die englische Regierung ein Einfuhrverbot auf die wichtigsten Ausfuhrartikel Rußlands: Butter, Holz, Geflügel, Petroleum. Auf diese Artikel entfielen im Vorjahr von insgesamt 19,6 Millionen Pfund Sterling der englischen Einfuhr aus Rußland 12,5 Millionen Pfund. Von besonderer Bedeutung ist die Einfuhr von Holz aus Rußland, da England 30 bis 50 vH seines Einfuhrbedarfes an Holz bisher aus Rußland bezog. Dem englischen Absatzgebiet hatte Sowjetrußland es zu verdanken, daß seine Holzexporte in den Jahren 1929 bis 1932, einem Zeitpunkt also, in dem die Weltausfuhr an Holz, vor allem auf Kosten Kanadas und der Vereinigten Staaten, um 41 vH zurückging, um 15 vH ansteigen konnte. Durch diesen Konflikt wird freilich auch die englische Ausfuhr nach Sowjetrußland, die 1932 9,32 Millionen Pfund Sterling betrug, in Mitleidenschaft gezogen. Hat doch Rußland die englischen Einfuhrverbote mit der Unterbrechung der geschäftlichen Verbindungen mit England beantwortet. England wollte sich im übrigen den Konflikt mit Sowjetrußland bei seinen Handelsvertragsverhandlungen mit den skandinavischen Ländern zunutze machen, es bot ihnen Vorteile bei der Einfuhr von Holz, Butter und Geflügel auf Kosten Sowjetrußlands an. Die Zahlungsfähigkeit Sowjetrußlands wird unter der weiteren Einengung des sowjetrussischen Absatzmarktes zweifellos stark leiden. Da es in erster Linie an Deutschland verschuldet ist, so sind insbesondere die deutschen Forderungen bei einer ungünstigen Entwicklung der russischen Handelsbilanz gefährdet.

Eine bemerkenswerte Schulmaßnahme

Die „Prawda“ (Nr. 141 vom 24. Mai 1933) meldet, daß das Unterrichtsministerium der RSFSR beschlossen hat, für jeden Schüler der untersten Klasse der Volksschule und der Mittelschule besondere „Prüfungshefte“ einzuführen. Diese Prüfungshefte sind für die ersten Klassenarbeiten in jedem Fach bestimmt, die Anfang jeden Monats geschrieben werden sollen. Die Hefte werden bis zum Abitur weitergeführt. Die darin enthaltenen Klassenarbeiten werden bei den Akten des betreffenden Schülers in der Schule aufbewahrt und beim Übertritt in eine andere Schule der neuen Schulleitung ausgehändigt. Der Zweck dieser Maßnahme ist eine genaue Verfolgung der Entwicklung und des Fleißes jedes einzelnen Schülers. — Diese Maßnahme ist im Rahmen der umfassenden Reform des russischen Schulwesens zu verstehen, die im Gegensatz zu den Experimentierjahren der ersten nachrevolutionären Zeit wieder das Prinzip der Leistung in den Vordergrund stellt. Indessen hat diese Reform bisher noch zu keinen nennenswerten Ergebnissen geführt, und zwar weder auf dem Gebiete der Leistungen, noch auf dem der Schülerdisziplin. Dies erklärt sich in erster Linie dadurch, daß die Kinder in ihrer übergroßen Mehrheit unterernährt sind, was auch auf die Lehrer zutrifft, bei denen noch die schlechte Bezahlung hinzukommt.

Umschichtung der Weltgoldvorräte

Im Jahre 1931 betrug die Weltgoldproduktion mit 1836 Millionen Mark erheblich mehr als die Produktion der vergangenen Jahre. Im laufenden Jahre dürfte die hohe Goldproduktion des Jahres 1931 mit 1927 Millionen Mark wieder erreicht werden. Die Goldbewegungen machten jedoch das Mehrfache der Goldproduktion aus, da die Goldströme von einem Land zum anderen wanderten. Im Jahre 1931 nahm der Goldvorrat von sechs Ländern um 3533 Millionen zu, während elf Länder einen Goldschatz von 5617 Millionen Mark verloren haben. Dieser letztere Goldbetrag, zuzüglich der Goldcuproduktion, ist den Ländern der ersten Gruppe zugeflossen. In die Gruppe der Länder, deren Goldvorrat sich erhöhte, zählt in erster Linie Frankreich, das seinen Goldvorrat im Jahre 1931 um 3055 Millionen Mark erhöhte, nachdem es in den Jahren 1929 und 1930 bereits so viel Gold an sich zog, das der ganzen Goldproduktion dieser Jahre gleichkam. Der Goldvorrat der Schweiz nahm um 940, der von Holland um 830, der Goldvorrat Belgiens um 690, der von Kanada um 62 Millionen Mark zu, während der Goldgewinn Italiens, Österreichs und Polens zusammengenommen 76 Millionen Mark ausmachte. Unter den Ländern die Gold verloren haben, standen 1931 an der Spitze Japan mit 718, Argentinien mit 670, die Vereinigten Staaten mit 537, Großbritannien mit 630 Millionen Mark. Größere Summen Goldes verloren in diesem Jahre noch Britisch-Indien (365), Spanien (155) und Deutschland (150 Millionen Mark).

Arbeitsbeschaffung durch Siedlung

Eines der wichtigsten Zeitprobleme ist die Versorgung der durch den technischen Fortschritt dauererwerbslos gemachten Industriearbeiter. Nach einer Erhebung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes sind rund 40 vH der noch im Jahre 1926 beschäftigten Metallarbeiter durch die intensive Rationalisierung dauererwerbslos geworden. An ihrem Schicksal ändert auch eine Konjunkturbesserung nichts. Neue technische Auswertungen, die eine große Menge Arbeiter aufsaugen könnten — wie es Rundfunk und ähnliche Dinge waren —, sind nicht zu erwarten.

Noch vor Jahrzehnten sprach man von der Landflucht. Die aus den Landbezirken stammenden Arbeiter strömten in die Städte und Industriebezirke und fanden auch durchgängig lohnende Beschäftigung. Heute kann von einer Überfüllung der Städte gesprochen werden. Darum erweist sich die Parole als notwendig: zurück aufs Land! Dieses Zurückgehen aufs Land kann aber nur erfolgen, wenn den Stadtmüden eine Existenz auf dem Lande geboten wird. Diesem Ziel dient das großzügige Siedlungswerk, das von den staatlichen Stellen gefördert wird.

In der Woche vom 20. zum 28. Mai fand in Berlin die große landwirtschaftliche Ausstellung statt. Mit ihr war eine besondere Schau über Aussichten und Möglichkeiten der Landsiedlung verbunden. Diese Angelegenheit berührt den Industriearbeiter besonders, darum sei das Wichtigste aus dieser Schau mitgeteilt.

Nach den Berechnungen verfügt Deutschland über einen meliorationsfähigen Boden von rund 13 Millionen Hektar. Das ist ein bedeutender Teil der deutschen Gesamtfläche, die 47 Millionen Hektar beträgt. Alle deutschen Städte und Dörfer umfassen nur den 70. Teil der deutschen Bodenfläche. 12 Millionen Hektar sind als gut genutztes Ackerland zu bezeichnen. 9 Millionen Hektar werden von Nadelwald und 3,7 Millionen Hektar von Laubwald bedeckt. Flüsse, Seen, Landstraßen und Eisenbahnen nehmen auch einige Millionen Hektar in Anspruch. Als meliorationsfähig werden 8,5 Millionen Hektar schlechtes Ackerland und 4,5 Millionen Hektar schlechtes Wiesen- und Weideland bezeichnet. Vollständig neu für die Kultur sind Heide- und Moorländerien zu gewinnen, die eine Größe der gesamten Mark Brandenburg umfassen. Auf den letztgenannten Flächen hat die Arbeit einzusetzen.

Die geplante Landeskultur ist Arbeitsbeschaffung für die Zukunft im wahrsten Sinne des Wortes. Eine große Aufgabe fällt dabei dem Arbeitsdienst zu. Auch hier sind die Grundlagen bereits geschaffen. Durchgeführt werden Drainagen, das heißt: der Ackerboden ist unfruchtbar, weil er nicht genügend Bewässerung hat. Solche Landstücken liegen meist in den höheren Lagen. Flüsse und Bäche eilen im raschen Lauf zu Tale und hinterlassen keine Bodenfeuchtigkeit. In solchen Fällen ist es notwendig, durch Abzweigung von Wasserarmen diese Landstrecken zu berieseln, wozu oft nur geringe Felsendurchstiche oder die Anlage einer Staumauer notwendig sind, um das Wasser nach diesen Ländereien abzuleiten. Die künstliche Bewässerung macht den Boden ertragreicher.

Das Gegenstück dazu ist die Entwässerung. In den Niederungen befinden sich weite Strecken, die durch das stehende Grundwasser kalt, sumpfig und unfruchtbar geworden sind. Hier muß ein Netz von Kanälen gezogen werden, um dem Wasser einen Abfluß zu schaffen. Dieses trockengelegte Land erweist sich zumeist als ein sehr fruchtbares Kulturland. Ähnlich wird mit den Moorländerien verfahren, die bei genügender Entwässerung sehr guten, kulturfähigen Boden ergeben.

Weiteres Kulturland ist zu gewinnen durch Eindeichung. In den Fluß- und Meeresniederungen können dadurch bedeutende Strecken für die Kultur gewonnen werden. Dieser sogenannte Polterboden ist oft mit sehr geringen Mitteln zu gewinnen und bietet die beste Gewähr für eine erfolgreiche Besiedlung. Schwieriger zu kultivieren ist das Heide- und Moorland. Hier macht sich eine Bewässerung notwendig, auch Aufforstung mit wassersammelnden Waldbestand (Birke) kann den Boden verbessern. Es handelt sich also um Gewinnung von Land auf weite Sicht, das aber baldigst für sogenannte Viehhaltungen nutzbar gemacht werden kann.

Nicht unerheblich für die Arbeitsbeschaffung und Siedlung ist die Regelung der Fluß- und Bachläufe. Wasserläufe mit starken Windungen hemmen zu Zeiten starker Niederschläge oder bei Schneeschmelze den Wasserabfluß und erhöhen die Gefahr der Überschwemmungen. Die Beseitigung dieses Mißstandes macht viel Land bebauungsfähig, während die trockengelegten Flußbetten einen Bodengewinn darstellen. Durch die erzielte Verkürzung der Wasserwege ist der Schifffahrt gedient.

Aus allem geht hervor, daß mit der Siedlung Menschen dem Elend entrissen werden können. Von der großangelegten Siedlungstätigkeit profitiert die Wirtschaft im allgemeinen. Es erhält das kulturtechnische Baugewerbe Beschäftigung, die Eisen- und Maschinenindustrie findet für ihre Erzeugnisse Absatz, desgleichen Ziegel- und Zementwerke. Für die Arbeiter des Baugewerbes erschließen sich auch Arbeitsmöglichkeiten. Die Düngereindustrie und die Saatgutwirtschaften werden mit Aufträgen bedacht werden. So ist allen geholfen.

Die Siedlung erhält noch dadurch eine politische Bedeutung, daß der schlecht besiedelte Osten des Deutschen Reiches mit einem lebendigen Wall von Bauern auf eigenkultivierter Scholle besetzt wird. Deutschlands Osten ist menschenarm. Die riesigen Länderstrecken werden zum großen Teil von Großgütern maschinell bewirtschaftet, es werden landwirtschaftliche Produkte in Mengen erzielt und nach den Städten geworfen, wo sie nicht den genügenden Absatz finden, denn die arbeitslosen Massen in den Großstädten waren als Verbraucher weitgehendst ausgeschieden und kommen erst allmählich als Verbraucher wieder stärker in Betracht. Ist aber der Osten stark besiedelt, wohnen viele Menschen auf dem Land und können sich auf dem Lande ernähren, dann wird auch ein größerer Verbrauch von Produkten stattfinden. Zudem werden weitere handwerkliche Existenzen auf diesen neugeschaffenen Landsiedlungen ihr Auskommen finden. Es ist eine Tatsache, daß der gemischte landwirtschaftliche Betrieb mehr Erzeugnisse abwirft, als die großen Getreide- und Kartoffelfabriken, die sich im Osten des Reiches breitgemacht haben. Für die Getreidebelieferung der Städte bleibt gewiß ein Teil dieser Güter notwendig, es sollten aber die nicht gesunden Betriebe des Großgrundbesitzes für die Siedlung voll erfaßt werden.

Eines muß jedoch ausgedrückt werden: wer den Gedanken hegt, auf das Land zu gehen, soll sich von jeder Romantik freihalten. Landarbeit ist sehr schwere Arbeit, und das Brot auf dem Land muß regelrecht im „Schweiße des Angesichts“ verdient werden. Erforderlich ist aber auch ein bestimmtes Kapital. Der mittellose Siedler hat auf dem Land das gleiche Schicksal wie der Arbeitslose in der Stadt. Trotzdem muß der Plan der Landsiedlungen konsequent verfolgt werden, denn es ist ein Stück der wirtschaftlichen Gesundung Deutschlands. Ha.

Berufszählung am 16. Juni

Die letzte Volks-, Berufs- und Betriebszählung ist am 16. Juni 1925 vorgenommen worden. Durch die Entwicklung der letzten Jahre sind die Ergebnisse dieser Zählung jedoch in jeder Beziehung überholt. Es fehlen z. B. heute genaue Angaben über die Einwohnerzahlen, über die Auswirkungen des Geburtenrückgangs und der Wanderungsbewegungen auf Zahl und Zusammensetzung der Bevölkerung in Stadt und Land, über die beruflichen und sozialen Umschichtungen usw. Ebenso lassen sich die Wirkungen der Krise auf den Bestand und die regionale Verteilung der Gewerbebetriebe nicht mit hinreichender Genauigkeit feststellen. Um neue zahlenmäßige Grundlagen für eine aufbauende Wirtschafts- und Sozialpolitik des Reiches, der Länder und der berufsständischen Organisationen zu gewinnen, ist von der Reichsregierung durch Gesetz vom 12. April 1933 die Durchführung einer allgemeinen Volkszählung angeordnet worden, mit der eine Berufszählung sowie eine landwirtschaftliche und gewerbliche Betriebszählung verbunden ist. Die Zählung wird am 16. Juni 1933 stattfinden.

Die Volks- und Berufszählung umfaßt die gesamte Bevölkerung des Reiches (mit Ausnahme des Saargebietes). Die Ergebnisse der beiden Erhebungen werden ein eingehendes Bild von der Größe und Zusammensetzung des deutschen Volkes sowie seiner sozialen und beruflichen Gliederung bieten. Besondere Bedeutung kommt dem Ergebnissen der Berufszählung durch die Nachweisung und Aufgliederung der Arbeitslosen zu. Mit Hilfe dieser Zahlen wird man — im Zusammenhang mit den Angaben der Betriebszählung — beispielsweise feststellen können, wie weit eine Eingliederung der Erwerbslosen in das Wirtschaftsleben und in einzelnen Wirtschaftszweigen möglich ist.

Die beiden Betriebszählungen geben nähere Aufschlüsse über die landwirtschaftlichen und gewerblichen Betriebe, sie zeigen uns die Größe und Gliederung des Produktions- und Verteilungsapparates der deutschen Wirtschaft.

Der Fragebogen, durch den das Material für die Volks- und Berufszählung gewonnen wird, ist die Haushaltungsliste. Bei ihrer Ausfüllung erfordert besondere Aufmerksamkeit die Verantwortung der Berufszählungsfragen auf der dritten Seite. Zunächst ist der (Haupt-) Beruf als solcher einzutragen. Hier genügen nicht allgemeine Angaben, wie z. B. „Metallarbeiter“ oder „Angestellter“; die Berufstätigkeit ist vielmehr so eingehend wie möglich zu bezeichnen. Es ist also statt „Metallarbeiter“ z. B. „Metallprüfer“, „Universalfräser“, „Horizontalbohrer“ oder die sonstige genaue Berufsbezeichnung einzutragen, statt „Angestellter“ z. B. „Verkäufer“, „Maschinenbuchhalter“, „Stenotypist“ oder dgl. Beamte und Offiziere haben ihre Dienstbezeichnung anzugeben; sofern sie sich im Ruhestand befinden, ist ein entsprechender Zusatz (i. R., a. D.) hinter die Dienstbezeichnung zu setzen. Haben sie sich jedoch einem anderen

Beruf zugewandt, so ist dieser neue Beruf anzugeben. (Ein früherer Offizier, der als Prokurist in einem kaufmännischen Unternehmen tätig ist, hat also „Prokurist“ einzuschreiben.)

Von großer Wichtigkeit ist ferner die genaue Beantwortung der Fragen nach dem Betrieb, in welchem der Beruf ausgeübt wird. Außer dem Namen des Arbeitgebers und der Adresse der Arbeitsstelle ist der Geschäftszweig (die Branche), zu dem der Betrieb gehört, anzugeben; bei Unternehmungen mit verschiedenen Geschäftszweigen außerdem auch der Geschäftszweig der Betriebsabteilung. Die Berufsstatistik will nämlich nicht nur den individuellen Beruf der Erwerbstätigen und der Arbeitslosen nachweisen, sondern auch darstellen, in welchem Wirtschaftszweig sie erwerbstätig sind oder waren. Man will also nicht nur erfahren, wieviel Buchhalter oder Schlosser im Deutschen Reich vorhanden sind, sondern auch, wieviel davon in den einzelnen Zweigen der Eisen- und Metallindustrie, der Textilindustrie, des Baugewerbes usw. beschäftigt sind oder waren. Nur auf diese Weise kann die volkswirtschaftliche Bedeutung der einzelnen Berufe richtig dargestellt werden.

In den beiden nächsten Spalten haben alle Arbeitslosen sich als solche einzutragen und anzugeben, ob sie bei einem Arbeitsamt als Arbeitsuchende gemeldet sind. Hier ist besonders darauf zu achten, daß als erwerbslos nur solche Personen bezeichnet werden, die arbeitsfähig sind und auch die Absicht haben, wieder einem Erwerb nachzugehen. So dürfen z. B. Ehefrauen oder im Haushalt der Eltern lebende junge Mädchen, die früher einem Beruf nachgingen, aus ihm aber — infolge Entlassung oder aus sonstigen Gründen — ausgeschieden sind, nicht als arbeitslos eingetragen werden, wenn sie gegenwärtig nicht die Absicht haben, ihre Berufstätigkeit wieder aufzunehmen.

Unbedingte Voraussetzung für das Gelingen des Zählungswerkes ist die sorgsame und gewissenhafte Beantwortung der bei der Zählung verwendeten Fragebogen. Wer die Fragebogen sorgfältig beantwortet, erfüllt nicht nur eine selbstverständliche staatsbürgerliche Pflicht, sondern handelt auch in seinem eigenen wohlverstandenen Interesse und im Interesse des Berufsstandes, dem er angehört.

Schlieflich sei darauf hingewiesen, daß die Erhebungspapiere nur für statistische Zusammenstellungen verwendet werden. Eine Heranziehung zu anderen, insbesondere zu steuerlichen Zwecken, ist nach dem Gesetz ausgeschlossen. Darüber hinaus ist durch das Gesetz auch die Wahrung des Amtsgeheimnisses für die Angaben des einzelnen Betriebes ausdrücklich festgelegt.

Aus den vorstehenden Ausführungen ist klar ersichtlich, wie wichtig und notwendig diese Berufs- und Betriebszählung gerade für die gesamte Arbeitnehmerschaft ist. Wir dürfen deshalb erwarten, daß jedes NSBO- und Gewerkschaftsmitglied zum guten Gelingen durch peinlich genaue Ausfüllung des Fragebogens beiträgt.

Die Führung

Telegrammschrift: Metallvorstand Berlin
Fernsprecher: Dönhoff 6750-6753

Mit Sonntag, dem 11. Juni, ist der 24. Wochenbeitrag für die Zeit vom 11. bis 17. Juni 1933 fällig.

Nach dem Beschluß von Vorstand und Erweiterter Beirat ist bis auf weiteres das Beitrittsgeld auf die Hälfte der statutarischen Sätze aus § 3 Abs. 4 ermäßigt.

Das Beitrittsgeld beträgt danach
für männliche über 18 Jahre alte Personen . . . 50 Pf.
für weibliche über 18 Jahre alte Personen . . . 25 Pf.
für Jugendliche beiderlei Geschlechts
sowie für Lehrlinge 15 Pf.

An die auswandernden Mitglieder

Mitglieder, die im Ausland reisen und kein Reisegeld erheben, müssen zur Erhaltung ihrer Mitgliedschaft, unter Einwendung ihres Mitgliedsbuches, beim Verbandsvorstand in Berlin Stundung der Beiträge beantragen.

Im Ausland arbeitende Mitglieder haben sich nach § 5 Abs. 5 und § 34 des Verbandsstatuts unter Einwendung ihres Mitgliedsbuches beim Verbandsvorstand als Einzelmitglied anzumelden. Bei Nichtbeachtung dieser statutarischen Bestimmungen erlischt die Mitgliedschaft und kann nach etwaiger Rückkehr die erloschene Mitgliedschaft nicht fortgesetzt werden.

Die Ortsverwaltungen werden dringend gebeten, die Kollegen, die sich zu einer Reise ins Ausland oder zur Auswanderung abmelden, auf die statutarischen Bestimmungen aufmerksam zu machen.

Berlin SW 68, Alte Jakobstraße 148

Der Verbandsleiter
Bürger

Warnung vor Werksgemeinschaften

Der Umbau zu machtvollen, nationalsozialistischen Einheitsgewerkschaften ist im vollen Zuge. Es scheint aber immer noch gewisse Kreise zu geben, die das Werk stören und ihre schwindelhaften Gewerkschaftspläne aufrechterhalten wollen. Die Gelben sind auf diesem Gebiet scheinbar wieder rührig. Die NSDAP in Hagen in Westfalen verbreitet eine Erklärung, in der es heißt:

„Von der NSBO, Ortsgruppe Hagen, wurde festgestellt, daß innerhalb einzelner Werke und kleinerer Firmen Werksgemeinschaften aufgezogen werden mit dem Motto, die Interessen der Arbeitnehmer zu vertreten. Diejenigen, die sich mit den Werksgemeinschaften befassen, können nur als solche angesehen werden, die diese Zellen als Sprungbrett zu irgendeiner Bereicherung für sich aussersehen haben.“

Wer den großen Gewerkschaftsgedanken, den der Volkskanzler Adolf Hitler verkündet hat, und den die neugeschaffene Arbeitsfront verwirklicht, noch nicht erfaßt hat, kann nur als Saboteur gekennzeichnet werden. Wir warnen die Arbeitnehmerschaft, sich diesen Werksgemeinschaftszellen anzuschließen, da sie nicht die Gewähr bieten, die Interessen der Arbeitnehmer zu vertreten.“

Wichtige Entscheidungen

In der Krankenversicherung

Die Aufwendung für die Überführung eines außerhalb des Kassenbezirks erkrankten Versicherten nach seiner im Kassenbezirk gelegenen Wohnung sind als Teil der von der Kasse zu tragenden Kosten der ärztlichen Behandlung anzusehen, falls nicht die Wohnung vom Ort der Erkrankung unverhältnismäßig weit entfernt liegt (II a K 161/32 vom 3. März 1933).

Das einer auf Grund des AVAVG gegen Krankheit versicherten Schwangere und Wöchnerin zu zahlende Wochen- oder Stillgeld ist für jeden Kalendertag zu gewähren (II a K 390/31).

Einem in der ersten Woche nach dem Ausscheiden aus der Kassenmitgliedschaft Erkrankten steht ein Anspruch auf die setzungsmäßigen Kassenleistungen für diese Erkrankung auch dann zu, wenn er die Anzeige der Weiterversicherung erst in der zweiten oder dritten Woche nach Ausscheiden gemacht hat (II a K 115/32).

Ein Weiterversicherungsberechtigter kann innerhalb der Dreiwochenfrist die Weiterversicherung auch dann noch bei der bisherigen Kasse wirksam anzeigen, wenn er seinen Wohnort aus ihrem Bereich verlegt hat (II a K 391/31).

Der Lehrling im Tarifvertragsrecht

Auf Grund einer Eingabe des Handwerks- und Gewerkekammertages hat der Reichskommissar für den Mittelstand mitgeteilt, daß er in Übereinstimmung mit der in dieser Frage schon bisher vom Reichswirtschaftsministerium vertretenen Auffassung, bei einer Neugestaltung des Tarifrechts des Lehrlingswesens von der tariflichen Regelung abzugehen, nur unterstützen könne. Sollte der Reichsarbeitsminister hiergegen Bedenken tragen, so habe der Reichskommissar für den Mittelstand den Minister gebeten, wegen der Wichtigkeit der Angelegenheit sie zum Gegenstand einer Aussprache zu machen.

Wir Gewerkschafter müssen an der Forderung nach der tariflichen Regelung des Lehrlingswesens unter allen Umständen festhalten. Der Schutz der Lehrlinge ist so unzureichend, daß der Tarif nicht entbehrt werden kann. Wenn auch der Lehrling in erster Linie dem Lehrvertrag unterworfen ist, so steht er immerhin in einem Arbeitsverhältnis, auf das die Voraussetzungen für eine tarifliche Regelung zutreffen. Das Herausnehmen der Lehrlinge aus den bestehenden tariflichen Bindungen würde eine reaktionäre Tat sein, die bestimmt nicht von den nationalsozialistischen Trägern des neuen Staates gebilligt wird.

Die höchste Auflagenziffer aller Zeitschriften

Die Zeitschrift „Arbeitertum“, Blätter für Theorie und Praxis der Nationalsozialistischen Betriebszellenorganisation, amtliches Organ der Deutschen Arbeitsfront, erscheint jetzt in einer Auflage von 4,5 Millionen Exemplaren. Damit hat das „Arbeitertum“ die höchste Auflage aller Zeitschriften erreicht.

Dora Stade †

Den Kollegen, die einmal unsere Wirtschaftsschule in Dürrenberg als Schüler besuchten, wird die freundliche Hauswirtin Frau Stade in guter Erinnerung geblieben sein. Unerwartet ist sie am 29. Mai im Alter von 43 Jahren gestorben. Vom Jahre 1926 bis 1933 hat die Verstorbene mit Fleiß und großer Aufmerksamkeit unsere Verbandschule betreut. Die erschütternde Kunde von ihrem Ableben wird allen Kollegen und Freunden zu Herzen gehen. Ihr Andenken wird in unseren Mitgliederkreisen gewahrt bleiben.

Der Kleine Konvent der Deutschen Arbeitsfront

1. Leiter der „Deutschen Arbeitsfront“: Pg. Dr. Ley, M. d. R.
2. Führer des Gesamtverbandes der Deutschen Arbeiter: Pg. Schuhmann, M. d. R.
3. Führer des Gesamtverbandes der Deutschen Angestellten: Pg. Förster, M. d. R.
4. Leiter des Führeramtes: Pg. Schmeer, M. d. R.
5. Leiter des Amtes für soziale Fragen: Pg. Stöhr, M. d. R.
6. Leiter des Organisationsamtes: Pg. Muchow.
7. Leiter des Presseamtes: Pg. Biellas.
8. Leiter des Tarifamtes: Pg. Pepler.
9. Leiter des Schulungsamtes: Pg. Gohdes, M. d. R.
10. Leiter des Jugendamtes: Pg. Otto.
11. Leiter der Rechtsabteilung: Pg. Schwarz.
12. Leiter des Amtes für berufständischen Aufbau: Pg. Dr. Frauenhofer.
13. Leiter der Wirtschaftsbetriebe der Gesamtverbände der Arbeiter und Angestellten: Pg. Müller.
14. Schatzmeister: Pg. Brinkmann.

Die Angestelltengewerkschaft

Die am 19. Mai 1933 gegründete nationalsozialistische Angestelltengewerkschaft gliedert sich in folgende Berufsverbände:

1. DHV (Deutscher Handlungsgehilfenverband) für alle männlichen Angestellten, welche mit kaufmännischen Arbeiten beschäftigt sind.
2. Verband Deutscher Techniker für Techniker, Ingenieure, Chemiker u. a.
3. Verband deutscher Werkmeister für Werkmeister, Poliere, Schacht- und Ziegelmeister u. a.
4. Verband Deutscher Büro- und Behördenangestellter, für alle männlichen Angestellten bei Behörden, öffentlich-rechtlichen Körperschaften und Büros ohne kaufmännische Dienstleistungen.
5. Verband Deutscher Land-, Gut- und Forstwirtschaftsangeestellten für alle in der Land- und Forstwirtschaft und deren Zweigen tätigen Fachkräfte.
6. Verband angestellter Ärzte und angestellter Apotheker.
7. Verband seemannischer Angestellter für alle an Bord tätigen seemannischen und technischen Angestellten der Seeschifffahrt.
8. Verband der Deutschen Theater-Angestellten u. a. Berufe.
9. Verband der weiblichen Angestellten.

Gleichschaltung der Bauhütten

Der beauftragte oberste Leiter der gesamten wirtschaftlichen Unternehmungen des ADGB, AfA, DGB und DHV, Bankdirektor Karl Müller, hat zum Sonderbeauftragten für den Verband sozialer Baubetriebe und die ihm angeschlossenen Bauhütten und Baubetriebe den Architekten Franz Strasser ernannt und ihm alle hierzu notwendigen Vollmachten erteilt.

Durch diese Verfügung sind der Verband sozialer Baubetriebe und alle ihm angeschlossenen Betriebe gleichgeschaltet und der Deutschen Arbeitsfront unterstellt worden. Sie stehen somit nicht mehr unter marxistischer Leitung.

Der gesellschaftliche Sinn der Genossenschaft

Zu diesem Thema schreibt die „Konsumgenossenschaftliche Rundschau“ in ihrer Ausgabe vom 20. Mai 1933 u. a.:

Die Genossenschaften sind als eine von höheren Menschheitsidealen getragene Reaktion gegen die „Triebhaftigkeit“ des Wirtschaftslebens zu begreifen. Damit ist nicht gesagt, daß alles, was sich Genossenschaft nennt und nach formellem Genossenschaftsrecht beurteilt wird, auch wirklich diesen Idealen entspricht. Der gesellschaftliche Sinn der Genossenschaft, wie er etwa in dem Vorgehen der Rochdaler Weber spontan zum Ausdruck kam, ist zwar vorhanden; er muß aber durch die, die ihn handhaben, gepflegt und erhalten werden. Geschieht das nicht, so besteht die Gefahr, daß das Genossenschaftswesen von derselben tierischen Triebhaftigkeit ausgehöhlt wird, die es seiner Idee nach bekämpfen wollte. Auch Staaten und Religionsgemeinschaften haben trotz der ihnen innewohnenden hohen Menschheitsaufgabe schwere Krisen durchmachen müssen, weil diejenigen, die sie verkörpern, zu Triebmenschen herabgesunken waren. Wird eine Gemeinschaft von Menschen geleitet, die nur ihre Triebe kennen, als da sind Habsucht und Ehrgeiz, Herrschsucht und Mißtrauen gegen die anderen, bei denen man die gleichen Charaktereigenschaften vermutet, dann gibt es keine Gemeinschaft mehr, dann muß jede Gemeinschaft verfallen. Wo Menschen stehen, die nur sich selber kennen, die in den anderen niemals den Freund, sondern immer nur den Widersacher erblicken, der sie von ihrem Throne stoßen will, da droht Verfall und Verderben. Die Geschichte kennt unzählige von Beispielen, wo die besten Gemeinschaften infolge der hemmungslosen Triebhaftigkeit ihrer Führer schweren Schaden nahmen oder zugrunde gingen. Die Staaten gehen fast ständig durch solche Krisen hindurch; aber auch andere Gemeinschaften durchleben sie.

Den immer wieder aufkeimenden Willen des Menschen, Mensch zu sein im edelsten Sinne des Wortes, wird niemand unterdrücken können; aber man bilde sich nicht ein, daß eine Gemeinschaft Bestand hat, die sich nicht ständig im Geist erneuert, sich in der Person ihrer Führer auf ihre hohe Aufgabe besinnt und danach handelt. Trotz aller Irrungen und Wirrungen findet der Mensch doch immer wieder zu sich selbst zurück, und diejenigen, die seine Ideale herabzerrten und zu ihrem eigenen Nutzen verfälschten, ereilt das Schicksal. Die



EXTRA MILD

Der gesellschaftliche Sinn der Genossenschaft

Zu diesem Thema schreibt die „Konsumgenossenschaftliche Rundschau“ in ihrer Ausgabe vom 20. Mai 1933 u. a.:

Die Genossenschaften sind als eine von höheren Menschheitsidealen getragene Reaktion gegen die „Triebhaftigkeit“ des Wirtschaftslebens zu begreifen. Damit ist nicht gesagt, daß alles, was sich Genossenschaft nennt und nach formellem Genossenschaftsrecht beurteilt wird, auch wirklich diesen Idealen entspricht. Der gesellschaftliche Sinn der Genossenschaft, wie er etwa in dem Vorgehen der Rochdaler Weber spontan zum Ausdruck kam, ist zwar vorhanden; er muß aber durch die, die ihn handhaben, gepflegt und erhalten werden. Geschieht das nicht, so besteht die Gefahr, daß das Genossenschaftswesen von derselben tierischen Triebhaftigkeit ausgehöhlt wird, die es seiner Idee nach bekämpfen wollte. Auch Staaten und Religionsgemeinschaften haben trotz der ihnen innewohnenden hohen Menschheitsaufgabe schwere Krisen durchmachen müssen, weil diejenigen, die sie verkörpern, zu Triebmenschen herabgesunken waren. Wird eine Gemeinschaft von Menschen geleitet, die nur ihre Triebe kennen, als da sind Habsucht und Ehrgeiz, Herrschsucht und Mißtrauen gegen die anderen, bei denen man die gleichen Charaktereigenschaften vermutet, dann gibt es keine Gemeinschaft mehr, dann muß jede Gemeinschaft verfallen. Wo Menschen stehen, die nur sich selber kennen, die in den anderen niemals den Freund, sondern immer nur den Widersacher erblicken, der sie von ihrem Throne stoßen will, da droht Verfall und Verderben. Die Geschichte kennt unzählige von Beispielen, wo die besten Gemeinschaften infolge der hemmungslosen Triebhaftigkeit ihrer Führer schweren Schaden nahmen oder zugrunde gingen. Die Staaten gehen fast ständig durch solche Krisen hindurch; aber auch andere Gemeinschaften durchleben sie.

Den immer wieder aufkeimenden Willen des Menschen, Mensch zu sein im edelsten Sinne des Wortes, wird niemand unterdrücken können; aber man bilde sich nicht ein, daß eine Gemeinschaft Bestand hat, die sich nicht ständig im Geist erneuert, sich in der Person ihrer Führer auf ihre hohe Aufgabe besinnt und danach handelt. Trotz aller Irrungen und Wirrungen findet der Mensch doch immer wieder zu sich selbst zurück, und diejenigen, die seine Ideale herabzerrten und zu ihrem eigenen Nutzen verfälschten, ereilt das Schicksal. Die

genossenschaftliche Arbeit als durch und durch ehrliche Reaktion auf das ungehemmte wirtschaftliche Triebleben wird ewig bestehen bleiben, denn sie hat ihren tiefen Menschheitssinn.

Wer in diesem Sinne Genossenschaftsarbeit leistet, der wird nicht nur selbst vor aller Welt bestehen können, dessen Werk wird auch die schwersten Stürme überdauern. Wer reines Gewissens ist, braucht auch den Tod nicht zu fürchten. Wer sich aber etwas vorzuwerfen hat, den wird früh oder spät das Schwert der Gerechtigkeit treffen, das gleichbedeutend ist mit der Forderung: Mensch bekämpfe deine Triebe, damit die Gemeinschaft edlen Menschentums errichtet werden kann!

Gleichschaltung der Arbeitsinvaliden

Zwischen dem nationalsozialistischen Beauftragten des Zentralverbandes der Arbeitsinvaliden und Witwen Deutschlands, Gau Bayern, in München und dem Bundesvorsitzenden des Bundes christlich-nationaler Arbeitsinvaliden, Witwen und Waisen Deutschlands, Sitz München, herrscht Übereinstimmung, daß zwischen den zwei Verbänden, so wie es mit den übrigen Organisationen auch geschah, dem Willen der Regierung gemäß, eine Gleichschaltung bzw. Vereinigung zu erfolgen hat. Es ist frei und unbefristet festgestellt worden, daß sich die beiden Verbände vollkommen verschmelzen, auch die Führerschaft in einer Spitze vereinigt wird, so daß das bisher bestandene Gegenüber für die Zukunft damit endgültig beseitigt ist. Über die damit notwendigen organisatorischen Änderungen, ebenso wie über die Aufgaben-Verteilungen erfolgen

in Kürze für die Öffentlichkeit als auch für die Mitglieder genaue Richtlinien. Wir machen heute schon den Mitgliedern der beiden Organisationen zur Pflicht, eng miteinander zusammenzuarbeiten, das bisher Trennende aufzugeben und im Rahmen des neu aufzubauenden „Nationalsozialistischen“ Reichsverbandes deutscher Arbeitssopfer tatkräftig mitzuarbeiten.

Unser aller Kampf geht wieder um ein stolzes, freies Deutschland, für ein gesundes Lebensrecht der Arbeitsinvaliden, Witwen und Waisen.

Die Führung beider Verbände in Bayern liegt in den Händen des Beauftragten, Herrn Hans Wöhrl, München.

Heil Hitler!

Der Beauftragte der NSBO des Zentralverbandes des Gau Bayern
gez.: Hans Wöhrl

Der Vorsitzende des Bundes christlich-nationaler Arbeitsinvaliden Deutschlands
gez.: Josef Reitz

Die Gewerkschaften im Saargebiet

Vom Führer der Deutschen Arbeitsfront, Dr. Robert Ley, wird bezüglich der Gewerkschaften des Saargebietes folgendes bekanntgegeben: „Für das Saargebiet wird kein Gewerkschaftskommissar der Deutschen Arbeitsfront eingesetzt. Eine Beschlagnahme des Vermögens der Gewerkschaften im Saargebiet ist nicht geplant und braucht daher nicht befürchtet zu werden. Die NSBO im Saargebiet besitzt keine gewerkschaftlichen Funktionen und hat sich jeder gewerkschaftlichen Tätigkeit und Aufgabenlösung zu enthalten.“

Fabrik-Reste

Rohwolle Baumwollstoffe für Häute.
Fester Stoff 1 Pfd. 75
Geweichte Stoffe, fein und feinst.
für Hemden, Hosen, etc. 1 Pfd. 1.25
Bunte Baumwollstoffe, gute Qualität,
schön, gefärbt 1 Pfd. 1.75
1 Pfund je nach Qualität ca. 4-5 Meter. — Versuchen
sich in jedem Geschäft. — Gesamtverkauf ab 10 Pfund.

Sergii-Wälders, Augsburg R 33

Geschäft — Augsburg — Verkauf
Öffene Verkaufsstelle

1 Pfund = 75 Pfg.



Das vielgekaupte
Stricker-Fahrrad
wird auch Ihnen große Freude bereiten. Spezial-Räder schon v. RM. 29,- an. Katalog gratis. Liefer. direkt ab Fabrik.
E. & P. Stricker, Fahrradfabrik
Braakwede-Bielefeld 180

Bücher und Broschüren

aller Art liefert zu verbilligten Preisen durch die Verwaltungsstellen unseres Verbandes
Verlagsanstalt des DAV Kahl
Berlin SW 68, Alte Jakobstraße 148

Stahl-Betten

Stahl-Holz-Schlafstätten, Polster, Stahl, mehr an jeder, Teilg. Kat. in Eisenwerkzeugfabrik Stahl/De.
Gute Werkzeuge
Lüpe
zu günstigen Preisen liefert
WESTFALIA WERKZEUGE
K. L. HAGEN, L. 108